



Wortprotokoll der 15. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 13. Februar 2019, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 4

Fachgespräch zum Thema
„**Postwachstumsstrategien**“



Liste der Sachverständigen

Öffentliches Fachgespräch am Mittwoch, 13. Februar 2019,
18.00 Uhr, im PLH, Sitzungssaal E 700

Thema: “Postwachstumsstrategien“

Ulrich Petschow

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Präsident der Hochschule für Philosophie, München



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Benning, Sybille Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Schmidtke, Dr. Claudia Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Köhler, Dr. Lukas Neumann, Dr. Martin	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Lutze, Thomas Schreiber, Eva-Maria	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Postwachstumsstrategien“

dazu Sachverständige:

Ulrich Petschow

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
GmbH

dazu verteilt:

Stellungnahme Ausschussdrucksache 19(26)23-1

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Präsident der Hochschule für Philosophie,
München

dazu verteilt:

PowerPoint-Präsentation Ausschussdrucksache
19(26)23-2

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich begrüße Sie alle herzlich zur 15. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Unser einziger Tagesordnungspunkt ist das öffentliche Fachgespräch zum Thema „Postwachstumsstrategien“. Herzlich begrüßen dazu darf ich auch die Sachverständigen. Zu meiner Rechten haben Herr Ulrich Petschow sowie Professor Johannes Wallacher Platz genommen, von denen wir uns wertvolle Erkenntnisse zum Thema erhoffen.

Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Ich freue mich auch, dass die interessierte Öffentlichkeit so zahlreich vertreten ist. An der starken Präsenz zeigt sich, wie gesellschaftlich relevant das Thema ist.

Ich darf Ihnen die beiden Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge kurz vorstellen:

Ulrich Petschow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter auf dem Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Er hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Mannheim studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Umweltpolitik und Governance, Innovation und neue Technologien sowie alternative Ökonomiekonzepte. Als Projektleiter und langjähriger Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik verantwortet

Herr Petschow eine Vielzahl nationaler und internationaler Forschungs- und Beratungsprojekte. Er war an der Erstellung der im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellten Studie mit dem Titel „Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen – Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition“, die im Oktober 2018 veröffentlicht wurde, beteiligt. In dieser Studie wird der Frage nach der Relevanz des Wirtschaftswachstums für die Erreichung umweltpolitischer Ziele nachgegangen. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung – und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie haben hierin verschiedene Diskursstränge analysiert und konkrete Vorschläge entwickelt, über die Sie heute berichten werden.

Herr Professor Wallacher ist Präsident der Hochschule für Philosophie, München. Er hat Wirtschaftsingenieurwesen an der Universität Karlsruhe studiert und war von 1991 bis 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Statistik und Mathematische Wirtschaftstheorie an der Universität Karlsruhe. Im Jahr 1994 hat er an der Universität Karlsruhe mit einer Arbeit zur statistischen Versuchsplanung in der präventiven Qualitätssicherung zum Dr. rer. pol. promoviert. Im Jahr 1999 folgte seine Promotion zum Dr. phil. an der Hochschule für Philosophie, München, mit einer Arbeit zur Begründung einer dauerhaft umweltgerechten Wassernutzung. Seit dem Jahr 2006 ist er Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie, München, und seit September 2011 Präsident dieser Hochschule. Er nimmt zahlreiche Beratungstätigkeiten und Mitgliedschaften wahr. So ist er unter anderem Mitglied von acatech, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften.

Er ist Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz und wird hier die Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“ vorstellen. Die Studie analysiert aus sozialetischer Perspektive positive sowie negative Auswirkungen von Wirtschaftswachstum auf die Gesellschaft und das Weltklima.

Herr Professor Wallacher wird uns heute über die in der Studie eingenommenen Standpunkte – ins-



besondere über Postwachstumsstrategien und sozial-ökologische Modernisierung – informieren.

Meine Herren, vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und dass Sie uns für Gespräche und die Diskussion im Anschluss zur Verfügung stehen. Lassen Sie uns mit dem Gespräch beginnen. Erlauben Sie mir vorab aber bitte ein paar kurze organisatorische Hinweise: Die Mitglieder des PBnE haben beschlossen, dass das Gespräch heute live im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Beide Sachverständigen haben sich damit einverstanden erklärt. Verfolgt werden kann die Übertragung sowohl auf der Internetseite des Bundestages, als auch über die App „Deutscher Bundestag“ auf Smartphones, Tablets und im Smart-TV. Das Gespräch wird zudem in der Mediathek des Deutschen Bundestages sowie auf der Website des Beirates veröffentlicht. Von dem Fachgespräch wird ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls mitgeschnitten.

Soweit die Sachverständigen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, im Sekretariat im Vorfeld der Sitzung eine Stellungnahme beziehungsweise Hinweise zu ihrem Vortrag einzureichen, sind diese an die Mitglieder verteilt worden.

Ich schlage vor, dass die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge für ihre Eingangsstatements zu Wort kommen. Für jedes Statement sind zehn Minuten vorgesehen und wir bitten Sie, die begrenzte Zeit nach Möglichkeit einzuhalten. An die Statements werden sich dann einige Fragerunden anschließen, sodass wir die Sitzung spätestens gegen 19:15 Uhr beenden können. Wenn darüber Einverständnis herrscht, verfahren wir so. Nach diesen einleitenden Worten würde ich zuerst das Wort an Herrn Ulrich Petschow übergeben und ihn um sein Statement bitten. Herzlichen Dank.

Sachverständiger **Ulrich Petschow** (IÖW): Herzlichen Dank für die Einladung, Herr Dr. Lenz. Wir haben eine Studie für das Umweltbundesamt erstellt, in der wir gemeinsam mit dem RWI und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie versucht haben, eine Diskursplattform zu bilden und das Spannungsverhältnis zwischen Vertretern des Green Growth-Ansatzes und der eher postwachstumsorientierten Ansätze auszuloten. Es waren sehr produktive Diskurse, die nicht in

jedem Punkt zu Einigkeit führten, aber doch die Möglichkeit gaben, in diesem Diskurs voranzukommen.

Die Eckpunkte dieser Studie will ich darstellen. Danach möchte ich auf die Handlungsorientierung eingehen und den Bezug zu Ihrer Tätigkeit hier im Beirat herstellen. Da gibt es einige Anknüpfungspunkte.

Ich hole etwas weiter aus, weil unsere Gesellschaft sich extrem mit Wachstum befasst und sich gar nichts anderes vorstellen kann, als dass es Wachstum gibt. Wenn es kein Wachstum mehr gäbe, entstünde eine gewisse Sinnleere. Dann müsste man sich fragen: „Was wollen wir denn eigentlich machen?“. Das war nicht immer so und ist eigentlich erst mit der industriellen Revolution entstanden. Parallel dazu sind mit Wachstums- und Einkommenseffekten gleichzeitig Stoffströme und CO₂-Emissionen radikal gestiegen. Diese Entwicklung fand nicht gleichmäßig seit 1850 statt, sondern nahm etwa ab dem Jahr 1950 ganz erheblich an Fahrt auf, also in dem Moment, als das Erdöl ins Spiel kam. Umwelthistoriker sagen dazu, es sei das „1950er-Jahre-Syndrom“, als plötzlich eine Dynamik entstand, die man sich nicht hat vorstellen können. Das war der Beginn des Ölzeitalters. Sieht man sich die Aussagen der Wirtschaftshistoriker darüber an, wie es eigentlich zur industriellen Revolution gekommen ist, dann ist der Kern ihrer Aussagen, dass sich eine Kultur des Wachstums herausgebildet habe. Also war es weniger die Dampfmaschine, sondern eher die Einstellung zu einigen Dingen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, zu einer Kultur der Nachhaltigkeit zu kommen.

Im Rahmen der Studie haben wir untersucht, welche Positionen zu Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik existieren. Es gibt die Ansätze A-Growth, Degrowth, es gibt Postwachstumsansätze und den Green Growth-Ansatz. Wir haben die Argumente betrachtet, die zur Begründung der unterschiedlichen Pfade vorgebracht werden. „Pfade“ sind Wege, die planetaren Grenzen einzuhalten. Wir hatten zwei Prüfkriterien: Welche Vorstellungen existieren zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch und welche zur Erhaltung des gesellschaftlichen Wohlergehens?

Ganz knapp zusammengefasst wurde die



Kernthese zu Degrowth. Vertreter dieses Ansatzes sagen im Prinzip, dass weiteres Wirtschaftswachstum in den wohlhabenden Ländern nicht erforderlich sei, um die Lebensqualität zu erhöhen, und dass es gewiss sei, dass die Wirtschaftsleistung sinken werde, würden ökologische Belastungen heruntergefahren.

Die These der Green Growth-Vertreter ist, dass weiteres Wirtschaftswachstum auch in den wohlhabenden Ländern erforderlich sei, um die Lebensqualität zu erhalten. Es sei gewiss, dass die Wirtschaftsleistung trotz ökonomischer Instrumente wie der Internalisierung externer Kosten weiter wachsen könne, und die ökologischen Grenzen derweil eingehalten werden könnten.

Die Frage ist, inwieweit die Lebensqualität bei Wachstumsabnahme, wie es zum Teil im Degrowth-Kontext vertreten wird, erhalten werden kann. Die Aussage, dass es eine Gewissheit sei, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch nicht möglich ist, kann nicht unterstützt werden. Auch die Aussage, dass eine Entkopplung möglich ist, ist nicht tragbar. Daraus haben wir geschlussfolgert, dass beide Positionen nicht für sich alleine stehen oder alleine eine Richtschnur für umweltpolitisches Handeln geben können. Eine vorsorgeorientierte Postwachstumsposition, wie wir sie einnehmen, ist ergebnisoffen und macht keine Vorhersagen bezüglich des Wirtschaftswachstums der Zukunft und Möglichkeiten der Entkopplung. Es ist unklar, wie sich die Wirtschaftsleistung entwickeln wird, wenn die Wirtschaft im Einklang mit den ökologischen Zielen transformiert wird. Sie kann fallen oder steigen. Wir nehmen also hier eine Mittlerposition ein.

Insbesondere, wenn man die befristete Zeitspanne bedenkt, in der dieser Veränderungsprozess stattfinden muss, erkennt man, dass man gewaltigen Herausforderungen gegenüber steht. Eine unserer Schlussfolgerungen ist es, dass die gesellschaftlichen Institutionen nach Möglichkeit umgebaut werden müssen, dass sie wachstumsunabhängiger sind, und die Politik damit auch ein Mehr an Handlungsmöglichkeiten erhält. Daraus haben wir drei Handlungsstrategien entwickelt. Die erste besteht aus einer konsequenten Internalisierung externer Effekte auf Produktion und Konsum durch marktbasierende Instrumente. Die zweite ist das Ausloten möglicher Pfade für die gesellschaftliche

Entwicklung durch partizipative Suchprozesse und Experimentierräume. Die Dritte ist die Prüfung, inwieweit Institutionen und Prozesse unabhängiger von wirtschaftlichem Wachstum werden können.

Die erste Strategie ist die des Kulturwandels, der ja auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine wichtige Rolle spielt und auch in Ihrem Gremium wichtig ist. Auch der Peer Review hat deutlich darauf verwiesen. Im Prinzip sind sich alle Vertreter – oder jedenfalls alle, deren Thesen wir analysiert haben – darin einig, dass die planetaren Grenzen eingehalten werden sollten, und dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Dabei sollten zugleich Rebound-Effekte mit berücksichtigt werden. Instrumente wie Ökosteuern oder Cap-and-Trade spielen eine ganz wichtige Rolle und letztlich sind auch harte Regulierungen erforderlich.

Die Punkte, die ich aufgeführt habe, sind keine Neuigkeiten. Dieselbe Botschaft tragen viele Akteure schon lange nach außen. Nichtsdestotrotz kommen wir an der Stelle nicht weiter.

Das zweite, was ich tatsächlich für hoch relevant halte, ist die Frage nach Experimentierräumen und Innovationen. Das Hauptproblem, vor dem wir stehen, ist, dass sich soziotechnische Probleme herausgebildet haben, die letztlich dadurch entstanden sind, dass wir billige Ressourcen haben und Umweltverschmutzung nichts kostet. Gleichzeitig ist Wirtschaft stark auf Wachstum ausgerichtet. Zugleich ist diese Entwicklung in starkem Maße pfadabhängig. Wir sind in einer Pfadabhängigkeit dieser Entwicklung. Entscheidend ist, von diesem ressourcenverbrauchenden klimaschädlichen Pfad herunterzukommen und entsprechende Suchprozesse zu starten. Dazu haben wir untersucht, was für Handlungsansätze es bereits gibt und was darüber hinaus noch diskutiert wird. Der Fokus liegt auf Innovation, insbesondere auf sozialer und technischer Innovation. Was ist dort möglich? Wie kann ressourcenärmer gewirtschaftet werden? Welche Form von Kreislaufwirtschaft kann etabliert werden? Diese Frage wurde auch im Peer Review betont. Wie könnten neue Formen eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens aussehen?

In Experimentierräumen für Innovationen, wie ich es hier nenne, gibt es im Postwachstumsdiskurs



tatsächlich viele Anknüpfungsmöglichkeiten, die aber eher noch Nischenthemen sind. Themen wie Effizienzsteigerung, Suffizienz, Konsistenz spielen eine Rolle und wie Kreislaufwirtschaft geht, das Recht zur Reparatur und Open Source-Ansätze. Gibt es nicht eine Möglichkeit, sich anders zu koordinieren, etwa durch Regionalisierung? Diese Punkte finden sich zum Teil in problemorientierten Forschungsansätzen wieder.

Wie kommen wir zu konkreten Lösungen? Wir selber forschen recht intensiv an sozialökologischen Themen, aber wichtig wäre eine breite Bewegung mit Real- und Innovationslaboren. Ein Ansatz für die Ausweitung des Themas ist das Transition Management. Es sind aber auch innovationspolitische Ansätze vorhanden. Entscheidend wird es sein, nachhaltigere Lösungen zu finden. Hochinteressant finde ich die Frage, wie wir mit der Kreislaufwirtschaft und der Wiederverwertung zurechtkommen. Es lassen sich radikale Unterschiede feststellen zwischen Nordrhein-Westfalen und Flandern. In Flandern ist die Idee der Wiederverwertung existenziell. Es ist gelungen, das Thema aus der Nische zu holen und zu professionalisieren. In der Folge wurden tatsächlich Infrastrukturen aufgebaut, die die Wiederverwertung ermöglicht haben.

Im Rahmen des Peer Reviews wurde stark betont, dass dafür Sorge getragen werden müsse, dass Problemlösungskompetenzen deutlich erhöht werden. Das ist eine Übereinstimmung zwischen unserer Studie und dem Peer Review.

Ein weiteres Thema, das ich für sehr wichtig halte, ist „Prozessorientierung“. Das Thema gerät ein bisschen zu wenig in den Blick. Wenn die planetaren Grenzen eingehalten werden sollen, sind gewaltige Strukturwandlungsprozesse erforderlich, und es gibt eine ganze Reihe von Problemfeldern. Die Prozessgestaltung wird sicher in Reallaboren und an Runden Tischen stattfinden, aber auch über Kommissionen. Einen Anfang machen die Braunkohlekommission und die Mobilitätskommission. Dabei wird deutlich, dass gesellschaftliche Verständigungsprozesse, die sowohl die ökologische als auch die soziale Seite zusammenzuführen, für den Strukturwandel erforderlich sind. Wir stehen damit eigentlich erst am Anfang. Das Element „leave no one behind“ ist das Eine, das Andere ist das Element der „gerechten

Transition“, wie es im Kontext der Gewerkschaften heißt. Also, wie bekommen wir die beiden Ebenen zusammen und vermeiden Verwerfungen?

Der dritte Punkt lautet: „Wachstumsunabhängigkeit stärken“. Wie können Sozialversicherungssysteme verändert werden, wie können Organisationsprozesse gefördert und neue Modelle erprobt werden?

Das war ein erster Überblick, den ich in zehn Minuten geben konnte. Ich denke, vieles von dem, was Sie im Beirat diskutieren, sind Dinge, die gefördert werden müssten. Maßnahmenprogramme brauchen wir gerade dort, wo Dinge nicht gut laufen. Auch brauchen wir massive Investitionen und Aktivitäten, um voranzukommen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Petschow. Herr Professor Wallacher, Sie haben ja schon gesagt, dass Sie dem Gesagten zustimmen, aber Sie können es jetzt noch ergänzen. Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Studie vorstellen. Dankeschön.

Sachverständiger **Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher** (Präsident der Hochschule für Philosophie, München): Vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen einige Grundideen der Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? – Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“, welche ich in meiner Funktion als Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ letztes Jahr erstellt habe, vorzustellen. Die Gruppe entstand in dem Bemühen, einen breiten Konsens in einer interdisziplinären Wissenschaftlergruppe mit unterschiedlichen Perspektiven zu erreichen. Die Positionen reichen von klassisch ökonomischen bis hin zur Postwachstumsbewegung. Die Studie kann als Versuch gedeutet werden, die Idee der sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Alexander Rüstows Vitalpolitik weiterzuentwickeln und dabei die ökologischen Fragen hinzuzunehmen. Es sollte ausgelotet werden, welche Bedeutung Postwachstumsstrategien für die sozialökonomische Modernisierung haben.

Wir diskutieren viel zu wenig über die Spannungsfelder der SDGs (Sustainable Development Goals). Ich bin ein großer Verfechter der SDGs, aber es bestehen Spannungsfelder, zum Beispiel zwischen Ziel 8, „Menschwürdige Arbeit und



Wirtschaftswachstum“, und den Zielen 13 und 15, „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und „Leben an Land“, also den ökologischen Zielen. Die SDGs sind im Grunde auf eine Green Growth-Strategie angelegt und die Frage ist, ob diese Spannungsfelder nicht stärker in den Blick genommen werden müssen, um bei der Umsetzung der SDGs erfolgreich zu sein.

Planetare Belastungsgrenzen wurden genannt. Wir brauchen zumindest zur Armutsbekämpfung weltweit Wachstumsschübe. Die Empirie zeigt, dass zur Bekämpfung der Armut Wachstum zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Voraussetzung ist. Das zeigt die Geschichte der letzten Jahrzehnte. In den Regionen, in denen extreme Armut wirksam bekämpft wurde, geschah dies vor allem durch Wachstumsfaktoren und das wird zumindest in weniger entwickelten Gesellschaften auch noch einige Zeit so bleiben.

Was sind die verschiedenen Varianten der Wachstumskritik? Ich denke, eine große Übereinstimmung ist eine gewisse Skepsis gegenüber der Green Growth-Strategie und damit der Vorstellung, dass weiteres Wachstum versöhnbar ist mit geringerem Ressourcenverbrauch. Die Argumente sind durchaus bestechend. Es gibt bisher keine historischen Vorbilder für eine absolute globale Entkopplung weltweit. Der stärkste Beleg ist diese Berechnung aus dem Weltklimabericht aus dem Jahr 2014, mit der der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) versucht hat, die Veränderungen der CO₂-Emissionen über Dekaden zu rekonstruieren und darzustellen, worauf sie zurückzuführen sind.

Die dunkelblaue Ebene stellt das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes per Kopf dar, welches in den letzten Dekaden der 2000er-Jahre am stärksten war. Das Bevölkerungswachstum ist hellblau dargestellt und wir sehen, dass die Verbesserungen der Kohlen- und der Energieintensität in den 2000er-Jahren aufgrund der Renaissance der Kohle in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern wieder verloren gingen. Dies belegt, dass trotz der Rhetorik des grünen Wachstums die CO₂-Emissionen nach wie vor weltweit steigen. Ich glaube, das muss man sehr ernst nehmen. Die Frage ist: Ist die Entkopplung ein ernstes Versprechen oder nur eine Illusion?

Jetzt kommt ein logisches Argument, das wir in

der Studie bemüht haben: Aus der Tatsache, dass bislang eine absolute globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch bzw. Emissionsausstoß und Wirtschaftswachstum nicht möglich war, wäre es ein Fehlschluss, festzustellen, dass es auch zukünftig nicht möglich sein werde. Man könnte ja sagen, es wurde nicht ausreichend versucht oder es wurde mit den falschen Mitteln versucht.

Wir kommen zum Ergebnis, dass sich weniger die Frage stellt, ob Wachstum zu befürworten oder abzulehnen ist, sondern vielmehr, ob Wachstumspfade gefunden werden, die endlich Externalisierungseffekte effektiv, gerecht und wirksam bekämpfen. Das ist auch das erste Argument, das gegen eine Degrowth-Strategie spricht.

Es kommt ein zweites Argument dazu, welches ich für ganz entscheidend halte. Wenn wir an den Pariser Klimazielen festhalten und die planetaren Belastungsgrenzen einhalten wollen, müssen wir uns die Frage stellen, ob das leichter durch eine Wirtschaft, die stagniert, eine, die weniger innovativ ist und weniger technologische Innovationen bringt, zu erreichen ist, oder durch eine Wirtschaft, die in bestimmten Bereichen wächst, in der aber Externalisierungseffekte eingedämmt sind. Diese beiden Argumente sprechen gegen eine Degrowth-Strategie als Allheilmittel für eine nachhaltige Entwicklung.

Damit komme ich zu dem Konstrukt der sozial/ökologischen Modernisierung, welches ich vorher beschrieb. Hier wird davon ausgegangen, dass Entkopplung durch ökonomische Rahmenbedingungen und Effizienzsteigerung gelingt. Dahingehend sehe ich große Übereinstimmungen zu Ihrer Studie. Wir brauchen endlich Rahmenbedingungen, die es uns erlauben, technologische Innovationen zu erzielen und externe Effekte internalisieren. Wir werden, wenn wir das erreichen wollen, nicht an einem einfachen, wirksamen, aber auch gerechten System der Bepreisung von Umweltgebrauch vorbeikommen. Das Stichwort „Gelbwesten“ kommt einem hier in den Sinn. Muss die Transformation präventiv sozial abgedeckt werden? Es gibt zum Beispiel das schweizer Modell, bei dem die CO₂-Abgabe an Bedürftige am Jahresende zurückgezahlt wird. Erwägenswert ist auch eine Entlastung durch Formen der Deckung von Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich. Gleichwohl, und das ist mir wichtig, ein zweiter Aspekt: Klimawandel ist ein global interdependentes



Problem. Das heißt, wir müssen die internationalen Trittbrettfahrerprobleme in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass es nicht dazu kommt, dass das, was hierzulande eingespart wird, in anderen Ländern mit anderen Systemen wieder ausgestoßen wird. Wir brauchen also internationale Formen der Abstimmung. Das heißt nicht, dass wir in allen Fragen einen globalen Konsens brauchen. Spieltheoretische Studien zeigen, dass es reichen würde, wenn eine Allianz williger Staaten mit einer Mindestbepreisung von CO₂ voranginge, sodass für andere Länder ökonomische Anreize dafür entstünden, nachzuziehen. Gabriel Felbermayr vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo) hat uns sehr geholfen, indem er diesen Vorschlag eingebracht hat. Wir können die CO₂-Steuer handelsrechtskonform durch eine Grenzbesteuerung ausgleichen. Die unterschiedlichen CO₂-Abgabensätze können wettbewerbsneutral gestaltet werden, damit keine Trittbrettfahrereffekte entstehen. Das wäre der Masterplan.

Die Grundvoraussetzung, um umsetzen zu können, ist jedoch ein Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel. Das Stichwort „Suffizienz“ spielt hier eine Rolle. Denn wir wissen erstens nicht, ob die nötigen technologischen Innovationen so schnell stattfinden, dass eine Entkopplung möglich wird. Und das wirtschaftspolitische Problem ist noch dringender: Wir wissen nicht, ob die politischen Mehrheiten entstehen, um die Rahmenbedingungen hinreichend schnell zu beschließen. Ein Kultur- und Bewusstseinswandel einer breiten Masse der Bevölkerung ist die Voraussetzung und die Legitimation notwendiger Veränderungen. Die Bevölkerung müsste sich dabei an anderen Leitbildern orientieren. Über diesen Punkt haben wir sehr viel diskutiert. Die ökonomische Theoriebildung ist sehr einseitig in diesem Punkt, weil sie von dem Paradigma der unersättlichen Bedürfnisse auf der Nachfrageseite ausgeht. Es gibt neue Theorien, die das Thema sehr breiter angehen und dieses Paradigma hinterfragen. Im Grunde findet diese sozialökologische Transformation auf drei Ebenen statt: Wir brauchen die Rahmenbedingungen, wir brauchen das Verhalten Einzelner auf der Mikroebene und wir brauchen als Scharnierfunktion, als Hebelwirkung, die Leitbilder, die wichtig dafür sind, dass die politischen Mehrheiten für eine Veränderung der Rahmenbedingungen entstehen. Die Leitbilder sind aber auch wichtig als

Orientierung für Einzelne. Das wäre das, was Alexander Rüstow „Vitalpolitik“ genannt hat, also moralische Vorgaben, die für eine soziale und ökologische Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft notwendig sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Professor Wallacher und Herr Petschow für die Ausführungen. Der Beirat ist der Ort, an dem solche Ideen diskutiert werden können, und deswegen beginnt jetzt auch die erste Fragerunde. Der erste Fragende ist der Abg. Kai Whittaker, Obmann der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Kai Whittaker** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei beiden Gästen für die kurzen, prägnanten und interessanten Ausführungen bedanken. Ich würde gerne an beide jeweils eine Frage stellen, zunächst an Herrn Petschow: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich auch dafür ausgesprochen, externe Kosten zu internalisieren. Dazu würde mich interessieren, auf welche Bereiche Sie Priorität setzen. Sehen Sie diese im Bereich der Konsumenten oder der Produzenten? Wie würden Sie da vorgehen? Politik ist immer dann besonders spannend, wenn sie konkret wird, und wir müssen am Ende natürlich konkrete Gesetze beschließen, die ein bestimmtes Verhalten ermöglichen oder beschränken, je nachdem. Und deshalb wüsste ich gerne, welche Maßnahmen und Instrumente Sie als zielführend betrachten.

Herr Professor Wallacher, Sie sprechen sich ja für eine CO₂-Steuer aus, sofern ich das richtig verstanden habe. Es würde mich interessieren, wie die Bundesrepublik als Exportnation mit Produkten deutscher Firmen aus dem Ausland für den deutschen Markt umgehen könnte und mit Produkten, die aus Deutschland kommen, aber für den ausländischen Markt bestimmt sind. Und wie legen wir fest, wer wieviel CO₂ „verbrauchen“ darf? Sie müssen ja eine Art Startniveau vorschlagen, von dem aus der Wert dann weiterentwickelt wird. Gibt es von Ihrer Seite aus Überlegungen, wie ein solches Konstrukt gerecht gestaltet werden könnte? In der sozialen Frage steckt, glaube ich, etwas mehr Sprengstoff. Die CO₂-Steuer wird sich ähnlich auswirken wie eine Mehrwertsteuer. Betrachtet man die Belastungen der einzelnen Einkommensgruppen durch die Mehrwertsteuer



in Deutschland, dann stellt man fest, dass die Steuerlast der unteren 20 bis 40 Prozent der Einkommen hauptsächlich aus der Mehrwertsteuer besteht. Ich habe Sorge, dass es, wenn dann noch eine CO₂-Steuer dazu kommt, großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr möglich ist, wirtschaftlich aufzusteigen. Obwohl es das politische Ziel der Bundesregierung ist, den Menschen diesen Aufstieg zu ermöglichen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Das wäre jetzt schon eine eigene Antwortrunde wert. Als Nächster ist Abg. Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, an der Reihe.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Impulse. Ich kann mich dem, was der Kollege Abg. Kai Whittaker gesagt hat, nur anschließen. Eine CO₂-Bepreisung hat eine Lenkungswirkung auf Investitionsanreize. Sie haben ja dafür geworben, dass man die externen Kosten internalisiert. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Environment Social Governance (ESG)-Kriterien, zu Deutsch „Umweltkriterien, soziale Kriterien und Kriterien für gute Unternehmensführung“, relevant für die Entscheidung großer Investoren sind, wo sie ihr Geld anlegen. Ich glaube, dass wir mit Messgrößen und Kennzahlen über Unternehmenserfolge die falschen Anreize setzen. Also nur der EBIT (earnings before interest and taxes)-Wert allein genügt als Aussage über den Erfolg und die Nachhaltigkeit eines Unternehmens nicht. Erfolgsfaktoren sind auch die Vergütung der Lenker und Vorstände eines Unternehmens. Der Ökonom Joseph Stiglitz hat in seinem Buch „Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht“ erläutert, welche Sprengkraft die Ungleichheit in einer Gesellschaft hat. Eine zu große Ungleichheit ist langfristig auch ökonomisch schädlich. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Dr. Kraft, Sprecher der AfD-Fraktion.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Sie beide. Woher kommt Ihre Sicherheit über die planetaren Grenzen des Wachstums? In der Vergangenheit ist man schon mehrmals an Grenzen gestoßen. Das Wachstum

stagniert. Und dann gab es disruptive Erfindungen, welche die Grenzen wieder weiter hinausgeschoben haben. Als Beispiel sei die Industrialisierung genannt mit der Dampfmaschine oder der Ausstieg aus der Stickstofffalle durch den Haber-Bosch-Prozess.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Der Nächste ist Dr. Lukas Köhler aus der FDP-Fraktion.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Vielen Dank für die interessanten Inputs. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Petschow. In der These IV. Ihrer Stellungnahme geht es um die Setzung wirksamer ökonomischer Rahmenbedingungen. Sie haben ja gerade in Ihrer Ausführung das Thema „Cap-and-Trade-Mengensteuerung im Gegensatz zur Preissteuerung“ aufgegriffen. Dazu frage ich Sie ganz konkret: Haben Sie vor, für die Fortschreibung der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, mit der ihr immanenten expliziten Forderung nach wirksamen ökonomischen Rahmenbedingungen, weiter zu forschen? In welche Richtung würde eine Handlungsorientierung Ihrer fortgeführten Strategie gehen? Zeichnet sich da schon eine erste Tendenz im Autorenteam ab?

Eine zweite Frage an Sie beide: Sie sprachen beide in ähnlicher Art und Weise über Pfadabhängigkeiten. Mich würde interessieren, wie Sie gedenken, diese Pfadabhängigkeiten zu beenden. Alles, was es bisher an Innovationen gegeben hat, bleibt trotzdem weiter in dieser Pfadabhängigkeit. Wären selbst die von Ihnen vorgeschlagenen ökonomischen Maßnahmen ordnungspolitischer Art nicht auch pfadabhängig, und können Sie eine nähere Definition des Begriffes „Pfadabhängigkeit“ geben?

Herr Professor Wallacher, Sie haben Leitbilder angesprochen. Das Thema finde ich sehr spannend. Woher kommen diese Leitbilder? Wie werden sie entwickelt? Wer setzt sie fest? Wie kommen wir zu internationalen Leitbildern?

Sie hatten das schweizer Modell angesprochen. Dabei ist klar geworden, dass die Kopplung keine eindeutige Verbindung zum Preis hat. Also nehmen die Menschen nicht wahr, dass der CO₂-Preis ausgewiesen wird, aber ärmere Personen werden entlastet. Wie würden Sie hier die Situation verbessern? Dankeschön.



Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Dr. Strengmann-Kuhn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Das waren zwei sehr spannende Vorträge, die ein Stück weit darauf aufbauen, was die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ in der 17. Legislaturperiode erarbeitet hat. Die Kommission hat etwas weiter gedacht.

Ich fand es spannend, dass klar geworden ist, dass sowohl die Green Growth- als auch die Degrowth-Strategie problematisch sein können. Es wurde der Vorschlag gemacht, einen dritten Weg zu gehen und eine Abkehr von der Wachstumslogik zu schaffen. Es werde also weder gesagt: „Wir brauchen unbedingt Wachstum, nur grün muss es sein.“, noch: „Wir brauchen negatives Wachstum.“, was ähnlich problematisch sein kann, wenn keine entsprechenden Rahmenbedingungen dafür existieren. Anstatt dessen werde gesagt: „Wir setzen soziale, ökonomische und ökologische Ziele und dafür brauchen wir eine bestimmte Wirtschaftsweise. Ob letztendlich mehr Wachstum oder weniger Wachstum dabei herauskommt, ist sekundär und wird von westlichen Industrienationen anders beantwortet als von Entwicklungsländern.“ Ein zentraler Punkt ist auch der Abbau von Wachstumszwecken. Der Kollege Abg. Kai Whittaker sagte bereits: „Es wird spannend, wenn es konkret wird.“. Daran anschließend lautet meine Frage an Herrn Petschow: Wie könnte die Unabhängigkeit der Institutionen von wirtschaftlichem Wachstum konkret aussehen? Sie hatten die Bereiche Sozialversicherung, Rente und Beschäftigung genannt. Man könnte auch noch nachhaltige Haushalte erwähnen. Gibt es dazu konkrete Vorschläge?

Eine Frage an beide Herren: Sie haben eine CO₂-Steuer erwähnt. Die fordern wir als Grüne auch und unser Vorschlag für eine soziale Komponente ist die Rückerstattung an Bedürftige. Nun sind aber nicht nur Bedürftige von einer CO₂-Steuer betroffen, sondern auch Personen mit mittlerem Einkommen. Diese Bevölkerungsgruppe trägt ohnehin schon hohe Steuerlast und es gibt die Überlegung, auch dieser Gruppe die gezahlte Steuer zurück zu erstatten. Wäre das nicht eine bessere

Lösung?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Fragen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass Professor Wallacher mit den Antworten beginnt.

Sachverständiger **Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher** (Präsident der Hochschule für Philosophie, München): Es ist klar, dass der Steuerbegriff in der Politik Ängste weckt. Man kann das Konstrukt als Steuer titulieren, aber im Grunde ist es nichts anderes als eine Kompensation der Folgekosten durch den Verursacher. Ich glaube, das muss uns bewusst werden, auch wenn es politisch schwer zu vermitteln ist. Die Idee der Grenzbesteuerung geht in genau dieselbe Richtung. Wir befreien Exporte von der Steuer und Importe aus Staaten, in denen diese Kompensation nicht geleistet wird, werden entsprechend versteuert. Das ist der Versuch einer wettbewerbsneutralen Herangehensweise. Wir haben darüber lange in der Sachverständigengruppe diskutiert, und wir sind mehrheitlich der Meinung, dass das handelsrechtlich WTO-konform zu gestalten wäre. Je mehr Länder sich an einem System der Mindestbesteuerung von CO₂ beteiligten, desto stärker wird sich die Sache politisch entfalten. Eine Möglichkeit wäre, die Steuer analog zur Mehrwertsteuer einzuführen. Der soziale Ausgleich ist dabei der entscheidende Punkt. Wir haben keine klare Meinung dazu, ob die Steuer nur an Bedürftige oder auch an andere Personengruppen zurückgezahlt werden sollte. Wichtig ist, dass die Gelder, die durch die Steuer eingenommen werden, nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern eingesetzt werden, sondern in verschiedene Formen des sozialen Ausgleichs gehen, sei es durch die Rückerstattung an Bedürftige, durch die Reduzierung von Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich oder auch durch andere Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur oder Mobilität, wovon dann alle Menschen etwas hätten. Man könnte den öffentlichen Nahverkehr so gestalten, dass es mehr Alternativen gäbe. Ich glaube, der große Vorteil der CO₂-Abgabe ist, dass es gerade keine Budgetvorgabe für die erzielten Einnahmen geben müsste. Die Stern-Stiglitz-Kommission hat errechnet, wie sehr die Preise für CO₂ steigen müssten, um eine Dekarbonisierung zu erreichen und damit die Pariser Klimaziele einzuhalten. Die Kommission gibt Etappen vor und eine Steuerung wäre



über einen Preismechanismus möglich, ohne dass Zertifikate ausgegeben werden müssen. Klimazertifikathandel wäre dazu eine Alternative. Es gibt Beispiele in British Columbia, die besser gelingen als der europäische Emissionszertifikathandel. Wir haben uns dahingehend nicht festgelegt, aber die besseren politischen Argumente sprechen für eine CO₂-Bepreisung.

Zur Frage nach den planetaren Grenzen: Ich glaube, es gab da ein Missverständnis. Wir haben uns in der Studie nicht auf die Grenzen des Wachstums bezogen. Die sind nicht vorgegeben. Wachstum muss nicht unbedingt durch Innovation an eine Grenze stoßen, das ist völlig klar. Aber wir haben heute einen Mangel an Ressourcen in verschiedenen Bereichen. Wenn man den Klimawandel betrachtet, kann das auf zwei Zahlen zurückgeführt werden: Die Menschheit hat ein Budget von 800 Gigatonnen CO₂, das emittiert werden kann, ohne das Zwei-Grad-Ziel zu überschreiten. Die fossilen Brennstoffe, die im Boden gebunden sind, liegen nach Schätzungen bei 15.000 Gigatonnen CO₂. Das heißt, es besteht ein riesiges Missverhältnis. Die große Frage ist nicht, wann uns die fossilen Brennstoffe ausgehen, sondern wie wir zu gesellschaftlichen Arrangements kommen, die fossilen Brennstoffe nicht mehr zu nutzen, um die planetaren Belastungsgrenzen nicht zu überschreiten. Es handelt sich um vorgegebene Umweltgrenzen, sei es der Klimawandel, sei es der Verlust der Biodiversität. Es besteht heutzutage Konsens in der Umweltwissenschaft und es gibt wissenschaftlich valide Ergebnisse darüber, dass diese Grenzen vorliegen. Die Argumente sprechen dafür, dieser Wirklichkeit nicht auszuweichen.

Es wurde nach Leitbildern gefragt. Wir haben de facto viele gesellschaftliche Leitbilder. Ich habe vorhin eines genannt. Ein Leitbild, das sich stark ins kollektive Gedächtnis gebrannt hat, ist: „Höher-Schneller-Weiter“ oder der Aspekt der unbegrenzten Bedürfnisse. Es ist der Verdienst der Postwachstumsdebatte, dass diese Frage in den Blick genommen wird. Es gibt jahrhundertealte Traditionen, die die Tugend des rechten Maßes einer unersättlichen Bedürfnispyramide gegenüberstellten. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über das Thema. Es muss nicht unbedingt ein internationaler Konsens entstehen, aber es gibt

durchaus auch in anderen Kulturen und Traditionen ähnliche Bewegungen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich übergebe das Wort an Herrn Petschow.

Sachverständiger **Ulrich Petschow (IÖW):** Ich möchte zunächst die Frage des Abg. Bernd Westphals beantworten. Sie haben einen zentralen Punkt angesprochen, wenn Sie fragen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse umgestaltet werden müssten, damit ein anderer Pfad eingeschlagen werden kann. Sie fragen: „Was ist mit Gerechtigkeit in der Gesellschaft? Ermöglicht sie uns ein Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung? Das, finde ich, ist ein extrem wichtiger Punkt. Genauso wie die Fragen: „Woran messen wir eigentlich Erfolg?“ und „Was ist unser gesellschaftliches Leitbild?“. Nehmen Sie einem Unternehmen die Idee des Wachstums, so fehlt ihm der Sinn und das Ziel. Das macht deutlich, wo die Probleme liegen, nämlich in den Leitbildern. Darauf kommt es an. Es geht nicht nur um die Frage sozialer Verteilungseffekte, sondern um soziale Grundstrukturen.

Damit komme ich zur Frage des Abg. Lukas Köhler. Sie hatten unter anderem nach Leitbildern gefragt und wie diese entstehen. Es handelt sich dabei oft um einen langen Prozess. Dass wir heute hier sitzen und über Klimawandel als Problem sprechen, ist einerseits ein Ergebnis fundierter Forschung, andererseits der Erkenntnis geschuldet, mit der Ökonomen sich immer schwerer getan haben, nämlich der, dass es tatsächlich Grenzen gibt. Das ist zum Konsens geworden. Vor 20 Jahren wäre eine solche Diskussion überhaupt nicht möglich gewesen. Die Diskussion über Nachhaltigkeit lief in den 1990er-Jahren so, dass es einige Umweltbewegte gab, die an „echte Grenzen“ geglaubt haben. Die Mehrheit glaubte aber, dass alles substituierbar sei. Es hat also ein gewaltiger Wandel stattgefunden, der zwar noch nicht zu weitgehender Veränderung geführt hat, aber zu einer Veränderung der Leitbilder. Leitbilder wie: „Wir brauchen erneuerbare Energien.“, „Wir brauchen neue Konzepte.“. Die Ideen und die Technologien für Erneuerbare Energien entwickelten in den 1970er- und 1980er-Jahren Personen, die nicht ganz alternative Vorstellungen hatten. Zum Beispiel Wuseltronik, ein Ingenieurbüro in Berlin,



hat versucht, die Energieversorgung umzugestalten. Sie behielten am Ende Recht. Sie erzielten nicht unbedingt Gewinne, aber die Pfade, die sie vorgezeichnet haben, waren wichtige.

Und damit komme ich zur Frage nach der Definition des Begriffes „Pfadabhängigkeit“. Ich meine damit zum Beispiel, dass neue Formen der Energiebereitstellung gefunden werden, die völlig ohne fossile Brennstoffe auskommen. Wie viele Schritte brauchte es, um das fossile Brennstoffsystem anzutasten und ins Wanken zu bringen? Es dauerte 40 Jahre, bis das gelungen ist. Daran erkennt man, wie stark die Beharrungskräfte, die gegenläufigen Interessen in dem Bereich, sind. Pfadabhängigkeit betrifft nicht nur die Technik, sondern auch die Akteure, die Interesse an den Techniken haben.

Weswegen ich Experimentierfelder für so wichtig halte, ist: Im Moment brauchen wir andere Formen der Mobilität, aber die Strukturen in dem Bereich sind auf die individuelle Mobilität ausgerichtet. Eine Veränderung kann durch ökonomische Instrumente angestoßen werden, aber es wird einen Aufschrei geben, wenn es nicht mehr genug Handlungsmöglichkeiten gibt und die Menschen nicht mehr genug Geld für Mobilität haben, weil etwa die Ökosteuer erhöht wurde. Dann würde es zu einem Grenzfall, ob Personen noch mobil sein können. Der Aufbau neuer Infrastrukturen und des öffentlichen Personennahverkehrs muss mit entsprechenden Preissignalen einhergehen. Das meine ich, wenn ich von „Experimentierräumen“ spreche und davon, Handlungen zu ermöglichen.

Nun zur Frage der Internalisierung externer Kosten. Zunächst wäre es sehr hilfreich, wenn umweltschädliche Subventionen abgebaut würden. Es ist wirklich erstaunlich, wie sich in vielen Bereichen Partikularinteressen halten. Als Zweites wäre es gut, den Akteuren die Kosten aufzuerlegen, die sie verursachen. Das Umweltbundesamt hat eine Methodenkonvention veröffentlicht, in der sie eher zurückhaltend ist. Pro Tonne CO₂ müssten 80 Euro auferlegt werden. Die aktualisierte Fassung kommt zu deutlich höheren Werten. Die öffentliche Hand dürfte nur solche Investitionen tätigen, die sich vor diesem Hintergrund rechnen. Der Wert kann aber noch deutlich steigen. Was das verteilungspolitisch bedeuten würde, muss man austarieren. Ich bin aber nicht

der Auffassung, dass jetzt alles nach außen abgesichert werden muss. Man muss Möglichkeiten und Chancen sehen, frühzeitig andere Pfade zu erschließen. Wir haben uns vor einiger Zeit mit einer Studie zu Lead-Märkten befasst.

Deutschland lag zumindest eine Zeit lang im Bereich „Windkraft“ vorn. Es ergibt sich aber großes Potenzial daraus, weniger die Umwelt Belastendes tun zu können, dafür aber neue Lösungen zu entwickeln und neue Handlungsmöglichkeiten zu erhalten.

Zur Frage des Abg. Dr. Rainer Kraft von der AfD: Die planetaren Grenzen sind nicht gottgegeben, sondern die Wissenschaft ist zu dem Ergebnis gekommen, dass gewaltige Probleme bevorstehen, wenn wir bestimmte Grenzen überschreiten. Es gibt im System der SDGs viele Hinweise darauf. An vielen Stellen gibt es keine Technik, die alles schnell besser macht. Für die Biodiversität gibt es überhaupt keine technische Lösung, weil das ein völlig anders gelagertes Problem ist. Man kann malthusianisch argumentieren, aber es besteht Konsens in der Wissenschaft darüber, dass Grenzen existieren. Das sind keine Dinge, die man mit dem Haber-Bosch-Verfahren lösen kann. Das Haber-Bosch-Verfahren hat eher Probleme mit sich gebracht, die wir jetzt versuchen zu lösen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Die Zeit lässt noch eine zweite Fragerunde zu und der Erste auf der Rednerliste ist der Abg. Peter Stein von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Peter Stein (CDU/CSU):** Herzlichen Dank. Jetzt wird es ein bisschen philosophisch. Vor etwa 175 Jahren wurde zum ersten Mal der Energieerhaltungssatz formuliert. Der beschreibt nicht mehr und nicht weniger als die Umwandlung von Materie in eine andere Form von Materie durch den Einsatz von Energie, und dass Natur im Lot ist. Jetzt gibt es ja den Faktor Mensch, der hat eine weitere Materie eingeführt: Das ist der Wohlstand. Der passt da nicht hinein und deshalb ist meine erste Frage an dieser Stelle: Müssen wir nicht, anstatt globale Grenzen zu definieren, eine individuelle nationale Wohlstandsdefinition oder Wohlstandsgrenze definieren?

Die zweite Frage lautet: Ist es bei globaler Betrachtung überhaupt noch realistisch, so eine Debatte zu führen und zu einem Ergebnis zu kommen? Im



Bereich der Geldwirtschaft kann man beobachten, dass eine komplette Entkopplung von Materie und Energie, zum Beispiel durch die Kryptowährung „Bitcoins“, entsteht. Wie realistisch ist es, sich an Wachstumsgrenzen, Ressourcengrenzen und globalen Grenzen orientieren zu wollen, aber eigentlich etwas anderes zu meinen?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Auch philosophische Fragen sind erlaubt. Der Nächste auf der Liste ist der Abg. Michael Thews, Sprecher der SPD.

Abg. **Michael Thews** (SPD): Ich versuche es etwas realistischer. Wir haben ja über die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gesprochen und über Kreislaufwirtschaft. Das ist eine gute Idee. Wenn wir es tatsächlich schaffen, die Ressourcen in Kreisläufen zu halten, dann ist das Ganze vielleicht nur noch ein Energieproblem. Und wenn das Energieproblem regenerativ gelöst wird, dann haben wir eine Situation, in der wir keine neuen Ressourcen mehr einsetzen. Das ist erst einmal die Theorie, die praktische Umsetzung könnte schwieriger sein.

Es wurde gerade die CO₂-Besteuerung angesprochen. Es gibt auch weitere Ideen, zum Beispiel, wie man das Plastikproblem lösen kann. Aber gibt es da nicht auch Grenzen? Im Bereich Kreislaufwirtschaft haben wir für Verpackungen eine Lizenzabgabe eingeführt. Wir sind gerade dabei, das System ökologischer auszugestalten. Derjenige, der Gegenstände auf den Markt bringt, die besonders gut recycelbar sind, zahlt weniger. Derjenige, der Gegenstände auf den Markt bringt, die wir gar nicht recyceln können, der zahlt deutlich mehr. Das ist der Ansatz. Wir versuchen, das jetzt auf den Weg zu bringen. Man wird sehen, wie erfolgreich das Ganze sein wird. Eine CO₂-Besteuerung wäre an dieser Stelle vielleicht kontraproduktiv, weil Produzenten Kunststoffe verwenden könnten, die besonders umweltschädlich, aber in Bezug auf den CO₂-Verbrauch die Besseren sind. Also, wo sind die Grenzen? Und es stellt sich natürlich die Frage der Vermüllung der Weltmeere. Wie können wir diese Ideen in andere Länder exportieren, welche Ansätze gibt es dahingehend? Es muss ja nicht jedes Land dieselbe Entwicklung durchleben wie die Bundesrepublik. Herr Petschow hat eben erwähnt, dass einige Akteure sehr stark auf ihre Interessen beharren. Ich kann Ihnen sagen: Das habe ich erlebt. Wir haben bei

der Durchsetzung des Verpackungsgesetzes erlebt, wie die Akteure fast zehn Jahre lang dieses Gesetz, und damit eigentlich sich selbst, also eine sinnvolle Entwicklung, blockiert haben. Das ist schon erstaunlich, finde ich. Wie können wir dafür sorgen, dass so etwas in anderen Ländern nicht passiert? Ich glaube, so viel Zeit haben wir nicht.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Nun Herr Dr. Kraft von der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Herrn Professor Wallacher. Sie hatten ja ausgeführt, dass die Grenzen durch die Art der Weltbevölkerung zu leben verursacht werden. Die Selbstheilungskraft des Planeten reicht mittlerweile nicht mehr aus. Würden Sie mir Recht geben, dass die Tendenz westlicher Industrienationen, eine schrumpfende Bevölkerung zu haben, die größte Chance für Ihre Postwachstumsstrategie ist?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Der Nächste ist der Abg. Gerhard Zickenheiner der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die hervorragenden Inputs und für die erhellenden Kommentare. Ich möchte eine Sache hervorheben: Die Notwendigkeit der Kopplung einer Bepreisung des Umweltverbrauchs mit sozialer Abfederung. Ich denke, wir Abgeordneten sollten jetzt nicht die Sachverständigen fragen, wie politische Lösungen aussehen könnten, denn das sind unsere Aufgaben. Der Zusammenhang wurde hier sehr präzise herausgearbeitet, und das sollten wir alle mit nach Hause nehmen. Ich möchte noch anmerken, dass wir ja wissen, dass der ökologische Fußabdruck Besserverdienender deutlich größer ist als der Geringverdienender. Eine Abfederung findet also auch hier statt. Wir müssen trotzdem darüber nachdenken, wie wir so etwas wie Paris und die Folgen dessen vermeiden.

Ich habe eine Frage an Herrn Petschow. Der Weg zur Nachhaltigkeit und zur Vermeidung einer Klimakrise ist zeitlich begrenzt. Sie haben ihn gerade selbst mit 40 Jahren beziffert. Früher hat die Menschheit CO₂ nur in der Quantität verbraucht, in der keine Grenze erreicht wurde. Wir können den Weg durchaus schneller gehen als in 40 Jahren. Mir ist Angst und Bange geworden, als ich in



Ihrer Stellungnahme den Begriff „Experimentier-
räume“ las, den Sie auch in Ihrem Statement er-
wähnt haben. In diesen Experimentierräumen sol-
len nachhaltige Lösungen erprobt werden. Wir
wissen aber, dass es sich dabei um langwierige
Prozesse handelt. Bis dann etwas passiert, vergeht
ein beachtlicher Zeitraum. Sind wir da nicht
schon darüber hinaus und wissen wir nicht
schon, dass Handlungsbedarf besteht? Fehlt es
nicht einfach nur noch am politischen Willen, die
Transformation zu mehr ökologischer Landwirt-
schaft, zu grundlegenden Änderungen in der
Milch- und Fleischindustrie, zum Abbau umwelt-
schädlicher Subventionen, zur Förderung der
Kreislaufwirtschaft und zur CO₂-Steuer zu schaf-
fen? Müssen wir nicht endlich umsetzen, was wir
gelernt haben, anstatt Experimentierräume zu
schaffen und damit Jahre zu brauchen?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vie-
len Dank. Nun ist Professor Neumann von der
FDP an der Reihe.

Abg. **Prof. Dr. Martin Neumann** (FDP): Vielen
Dank für die Vorträge. Sie hatten vorhin den
Punkt „Kulturwandel“ angesprochen, Herr
Petschow. Dabei geht es um das Thema „Experi-
mentierräume und Innovationen“. Dabei handelt
es sich um etwas Konstruktives. Es fielen Begriffe,
die den Kern der Debatte ausmachen: Die Frage
nach Ressourcenverbrauch und in dem Zusam-
menhang nach Kreislaufwirtschaft zum Beispiel.
In dem Zusammenhang wurde vorhin nach den
Grenzen gefragt. Wir sprechen bei vielen Prozes-
sen von Ressourcen, die wir möglicherweise eines
Tages nicht mehr haben könnten. Das sind inter-
nationale Prozesse, jeder kann so ein Modell ent-
wickeln. Was ist Moderne, was ist das Neue und
was das Strategische an Ihren Überlegungen? Gibt
es Vorschläge für neue Herangehensweisen oder
werden bekannte Strategien qualifiziert? Und kön-
nen Sie etwas zum Stichwort „Regionalisierung“
sagen?

Nun zu Professor Wallacher: Sie haben auf Ihrer
Folie das Thema „Sozialökologische Modernisie-
rung“ angesprochen. Das halte ich für sehr inter-
essant. Was mir Bauchschmerzen macht, ist, dass
Sie von „sozialer Abfederung“ sprechen, was
einen negativ behafteten Ausdruck darstellt. Die
Frage lautet: Muss man nicht in einer konstrukti-
veren Art an die Sache herangehen, um das

Thema als „Modernisierung“ bezeichnen zu kön-
nen? Gibt es da nicht noch eine andere Strategie,
eine andere Bewertung, eine andere Bezeichnung?
Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass man
„abfedert“, um Interessen zu verfolgen. Das halte
ich für zu kurz gedacht. Sie können ja erläutern,
was Sie damit gemeint haben oder ob das einfach
nur eine falsche Vokabel ist. Herzlichen Dank

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vie-
len Dank. Wenn es keine weiteren Fragen mehr
gibt, kommen wir zur abschließenden Antwort-
runde. Herr Ulrich Petschow beginnt.

Sachverständiger **Ulrich Petschow** (IÖW): Vielen
Dank. Als erstens beantworte ich die Frage des
Abg. Peter Stein. Das ist, finde ich, die entschei-
dende Frage. Die Auffassung der Umwelthistori-
ker, die sich mit dem 1950er Jahres-Syndrom be-
fasst haben, ist, dass der Ressourcenverbrauch in
den 1950er Jahren nachhaltig war und für den Pla-
neten erträglich. Wenn man sich das vor Augen
führt, ist es nicht ganz so beängstigend. Möglich-
erweise bestünde kein großer Verlust für die Men-
schen gegenüber der heutigen Lebensweise. Wel-
ches Wohlstandsmodell wünscht man sich eigent-
lich? Das kommt auch nicht von irgendwo her.
Der Ökonom John Maynard Keynes war der Mei-
nung, dass das Wachstum irgendwann nicht mehr
benötigt werde. Die Ökonomen waren über lange
Zeit auch gar nicht der Auffassung, dass die Wirt-
schaft wachsen müsse. Die Wachstumsentwick-
lung hat sich verselbstständigt, sodass man heute
materielles Wachstum bei gleichzeitig nicht mehr
wachsendem individuellen Wohlstand hat.

Zur Frage des Abg. Michael Thews: Das Problem
ist, dass es nicht ausreicht, nur den CO₂-Ausstoß
zu betrachten. Man muss auch andere Elemente in
den Blick nehmen, wie Biodiversität und weitere
in den SDGs genannte Probleme. Es gibt jede
Menge Trade-offs, die man im Blick behalten
muss. Das bedeutet auch, dass der Ausbau Erneuer-
barer Energien mit Mehrkosten einhergeht. Das
muss man einfach sehen. Und dann stellt sich die
Frage, wofür sich die Gesellschaft letztlich ent-
scheidet.

Zur Frage „Wissen wir nicht schon genug und
müssen wir nicht etwas unternehmen?“: Da
stimme ich Ihnen völlig zu. Im Bereich „Landwirt-
schaft“ wissen wir seit Jahrzehnten, was an Lö-
sungen existiert, aber wir haben es nicht geschafft,



uns gegen bestimmte Interessen durchsetzen. Die Akteure stehen im Wettbewerb mit internationalen Anbietern – das ist ein Problem. Nur ist es absurd, dass wir in Deutschland gewaltige Umweltprobleme haben und gleichzeitig landwirtschaftliche Produkte exportieren. Wir exportieren damit Umweltqualität. Ich habe diesen Ansatz gewählt, weil vieles schlicht und einfach auf die Idee Erneuerbarer Energien zurückzuführen ist. Man muss die Akteure zusammenbringen und es schaffen, das bestehende System zu destabilisieren. Man muss zu nachhaltigeren Lösungen kommen. Ich glaube, dass an vielen Stellen schlicht und einfach Wissen darüber fehlt, wie man Prozesse konkret ändern und wie der Übergang gestaltet werden kann. Staatliche Aktion ist dabei hoch relevant und wichtig.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Professor Wallacher.

Sachverständiger **Professor Dr. Dr. Johannes Wallacher** (Präsident der Hochschule für Philosophie, München): Vielen Dank. Zunächst einmal zur Frage nach einer Wohlstandsdefinition, die ich für sehr wichtig halte. In der Studie sprechen wir uns stark dafür aus, nicht mehr viel weiter an diesem Punkt zu arbeiten. Die Enquete-Kommission hat dazu meiner Meinung nach wirklich gute Arbeit geleistet. Ich glaube, das Thema muss politisch relevant werden, aber nicht gegen das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ich bin kein BIP-Gegner, aber ich glaube, die Welt ist komplex, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir allein durch eine wachsende Wirtschaft nicht alles in den Griff bekommen. Das ist eine Aufgabe für Politik und für die Medien.

Es gibt diesen schönen Spruch von Werner Sombart aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts: „Der Kapitalismus geht erst dann zu Ende, wenn die letzte Tonne Kohle verhüttet ist.“. Wir haben heute ein ganz anderes Leitbild. In der Tat gibt es heute große Debatten über die Frage des Limitarismus. Müssen wir nicht, außer nur die planetaren Grenzen im Blick zu haben, auch nach den Grenzen von Konsum fragen? Betrachtet man etwa den Hochfrequenzhandel, stellt sich die Frage: Brauchen wir da wirklich immer mehr und schnellere Bewegung? Ein „Immer-Mehr-Beschleunigen“ kann es nicht für alle Zukunft geben. Wir werden irgendwann an eine Grenze kommen, an der wir nicht mehr viel weiter beschleunigen können. Ich

glaube, da gilt es umzudenken. Diese Debatte werden wir in den nächsten Jahren weiter führen. In der gesamten Historie gab es kaum eine Periode, in der es einen Zuwachs an Wohlstand über einen so langen Zeitraum wie heute in großen Teilen der Welt gegeben hat.

Zum Thema „Kreislaufwirtschaft“ und „CO₂-Steuer“: Sind diese Instrumente zielgerichtet? Als Wissenschaftler mache ich mich für das Prinzip der Sparsamkeit in der Regulierung stark. Es gibt wenige Formen der quellenbezogenen Kompensation von Umweltkosten, wie die der CO₂-Steuer. Wenn wir die Steuer sektorübergreifend einführen, hat sie immense Lenkungseffekte in verschiedenen Bereichen. Es sollten direkte und indirekte Subventionen und Regulierungsmechanismen in dem Bereich aufgegeben werden und man muss stattdessen zu sparsameren, wirksameren, effizienteren und gerechteren Formen der Regulierung kommen. Das wäre wichtig.

Zum Stichwort „Plastik“: Die afrikanischen und viele lateinamerikanischen Länder haben einen viel höheren Handlungsdruck beim Thema „Plastikverschmutzung“, und die gehen sehr ordnungsgemäß vor. Wir sind also nicht führend, wenn es um diese Frage geht. Ich plädiere sehr stark für: „Weniger ist mehr.“ und effektivere Formen der Regulierung.

Abg. Dr. Rainer Kraft, Sie hatten nach Bevölkerungswachstum gefragt: Ich habe eine Folie dazu hier vorliegen. Dieser hellblaue Punkt ist der Anteil an Bevölkerungswachstum. Die Überwindung der Armut ist zwar ein wichtiger Punkt, aber der malthusianische Standpunkt, den Sie einnehmen, ist historisch und empirisch eindeutig widerlegt. Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Wohlstand.

Zu politischem Handeln und Rahmenbedingungen habe ich hier meine letzte Folie. Ich glaube, wir brauchen zwei Ebenen. Wir können auf Dauer nicht darauf setzen, dass ein Großteil der Bevölkerung ein nachhaltiges Konsum- und Mobilitätsverhalten an den Tag legt, so wichtig es sein mag. Wenn wir den Menschen keine institutionellen Stützen in Form von Rahmenbedingungen an die Hand geben, führt das zu einer immensen moralischen Überforderung und wir werden keine Effekte erzielen. Deswegen ist es wichtig, die richti-



gen Rahmenbedingungen zu schaffen. Nichtsdestotrotz wächst das Bewusstsein. Deswegen sind mir die Leitbilder so wichtig, weil eine kritische Masse an Menschen notwendig ist, die diese Rahmenbedingungen einfordert. Ich nehme wahr, dass auch bei immer mehr Unternehmen die Bereitschaft wächst, ihre Mitverantwortung wahrzunehmen und sich für Planungssicherheit einzusetzen. „Divestment“ und andere Stichworte, sind hier wichtig.

Experimentierräume brauchen wir, vielleicht kombiniert mit Best-Practices. Ich frage mich, warum wir in Deutschland uns nicht wirklich an gute Beispiele heran trauen, wenn es um die Mobilität in Städten geht. Selbst so liberale Länder wie das Vereinigte Königreich sind in der Lage, eine City-Maut einzuführen, die es nun in London gibt. Das ist eine verursachergerechte, flexible und intelligente Lösung.

Herr Abg. Dr. Martin Neumann, zur Frage der sozialen und ökologischen Modernisierung, zur Frage der sozialen Abfederung: Ich glaube, wir sollten uns bewusst machen, dass nicht nachhaltige Lebensverhältnisse, wie wir sie in vielen Bereichen haben, jetzt schon zu großen sozialen Verwerfungen führen. Der Punkt kommt oft in der Debatte vor. Es führt zu einer sozialen Schieflage, wenn wir jetzt nichts tun. Wir müssen konstruktiv mit der Abfederung – man könnte auch „Einbettung“ sagen – umgehen. Aber Fakt ist, wenn die

Preise für Umweltschädigungen erhöht werden, und anders werden wir die gesetzten Klimaziele nicht erreichen, brauchen wir eine proaktive, konstruktive Art, diese Fragen sozial einzuordnen. Wir machen zum Beispiel den Vorschlag, dass aus den Einnahmen einer CO₂-Steuer Lohnnebenkosten im Niedriglohnsektor reduziert werden könnten. Wir müssen allerdings auch ehrlich sein. Wenn wir die Berichte des IPCC lesen, erkennen wir, dass es in bestimmten Bereichen nicht so leicht wird, Substitute zu finden. Diese Debatte müssen wir ehrlich führen. Wenn wir zum Beispiel eine CO₂-Steuer für den Flugverkehr in Betracht ziehen, dann bedarf das einer sozialen Abfederung. Dann kommt die Frage „Müssen wir unser Verhalten in Urlaubs- und Mobilitätsfragen überdenken?“ auf den Tisch.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Fragen, für die Antworten und für die Diskussion. Herr Professor Wallacher, Herr Petschow, ich danke Ihnen für Ihr Kommen und für Ihre Ausführungen. Das Thema war nicht neu, aber ich glaube, wir haben viel Neues erfahren und viele neue Facetten diskutiert. Wir sind mit der Diskussion zwar für heute am Ende, aber vielleicht können wir sie an anderer Stelle fortführen. In diesem Sinne: Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 19:24 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB
Vorsitzender

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung
Ausschussdrucksache
19(26)23-1

Ulrich Petschow, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Stellungnahme zum Öffentlichen Fachgespräch „Postwachstumsstrategien“

15. Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
am 13. Februar 2019

Berlin, 12. Februar 2019



i | ö | w

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition: auf dem Weg zu einem neuen Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte?

Hintergrund

In Deutschland besteht auf wissenschaftlicher und politischer Ebene ein weitgehender Konsens darüber, dass ökologische Belastungsgrenzen (*planetary boundaries*) auf Dauer eingehalten werden sollen. Mit dem 1,5 beziehungsweise 2 °C-Ziel wurde ein zentrales klimapolitisches Ziel im Pariser Abkommen auch international festgeschrieben. Nimmt man diese Ziele ernst, so ist eine fundamentale Veränderung der Wirtschaftsweise innerhalb einer Zeitspanne von wenigen Jahrzehnten notwendig.

Der bisherigen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist es bislang bei Weitem nicht gelungen, eine hinreichend starke Reduktion der ökologischen Belastungen zu erreichen. Wie genau die grundsätzlich konsensualen Ziele erreicht werden sollten, wird sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Bereich kontrovers diskutiert. Besonders umstritten ist dabei die Frage nach der Relevanz der wirtschaftlichen Entwicklung beziehungsweise des Wirtschaftswachstums für die Erreichung umweltpolitischer Ziele. Im Rahmen der Studie „*Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen – Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition*“, die im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt wurde, haben das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie verschiedene Diskursstränge analysiert und konkrete Vorschläge entwickelt. Sie schließt damit an die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages an.

Durch die Darstellung, Analyse und Bewertung zentraler Argumente und Schlussfolgerungen aus dem gesamten Spektrum der Positionen innerhalb der Wachstumsdebatte – von Green Growth über A-Growth und Postwachstum bis hin zu Degrowth – wird ein Beitrag dazu geleistet, diesen Diskurs zu strukturieren und für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen. Ebenso haben wir relevante Bezüge zu verschiedenen theoretischen Ansätzen und empirischen Studien, wie sie in der Mainstream-Ökonomik und in heterodoxen Ansätzen zu finden sind, hergestellt. Ausgehend von der Prämisse, dass das Ziel der Einhaltung planetarer Grenzen für umweltpolitisches Handeln maßgeblich sein sollte, möchte ich insbesondere folgende Ergebnisse der Studie zur Diskussion stellen:

These I: Die Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert einen tiefgreifenden Wandel, der sich nicht allein auf eine Grundstrategie stützen kann.

Innerhalb des Diskurses gibt es zwei besonders prominente und eindeutig antagonistische Positionen: Green Growth und Degrowth. Beide Ansätze beruhen jedoch auf Kernannahmen, die sich wissenschaftlich nicht hinreichend begründen beziehungsweise belegen lassen. Keine dieser Position sollte daher für sich beanspruchen, als alleinige Strategie für umweltpolitisches Handeln dienen zu können.

Green-Growth-Befürworter/innen argumentieren, dass weiteres Wirtschaftswachstum auch in früh industrialisierten wohlhabenden Volkswirtschaften notwendig ist, um die Lebensqualität in diesen Gesellschaften zu erhalten oder zu erhöhen. Zudem bestehe hinreichende Gewissheit darüber, dass ökologischen Belastungen durch geeignete Instrumente ausreichend stark reduziert werden können, damit die planetaren Grenzen eingehalten werden. Die Wirtschaftsleistung könne dabei – wenn auch in qualitativ veränderter Form – weiterhin wachsen. Diese Auffassungen lassen sich aber nur dann gut begründen, wenn eine Gewissheit für das Gelingen einer hinreichend starken Entkopplung unterstellt wird, die mit Blick bspw. auf bisher realisierte (technologische) Versuche wissenschaftlich nicht haltbar ist. Zudem wird hier die in der neoklassischen Wohlfahrtsökonomik vertretene Auffassung der Lebensqualität zugrunde gelegt: Lebensqualität ist danach das Aggregat des Ausmaßes, in dem individuelle Präferenzen erfüllt werden. Es ist aus einer gesellschaftlichen Perspektive aber nicht klar, warum gerade diese Auffassung von Lebensqualität als Präferenzenerfüllung und nicht eine andere Konzeption der „richtige“ Maßstab für politisches Handeln sein sollte.

Degrowth-Vertreter/innen sind hingegen der Auffassung, dass Wirtschaftswachstum zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität in den wohlhabenden Ländern nicht (mehr) notwendig ist. Diese könne selbst dann gesichert oder gar erhöht werden, wenn die aggregierte Wirtschaftsleistung sinkt. Laut dieser Position besteht zudem hinreichende Gewissheit darüber, dass die Wirtschaftsleistung in den wohlhabenden Ländern sinken wird, wenn diese ihre ökologischen Belastungen ausreichend stark reduzieren. Dagegen wenden wir ein, dass Degrowth-Vertreter/innen nicht überzeugend erläutern, ob und insbesondere wie die Lebensqualität erhalten werden kann, wenn das BIP pro Kopf (sehr) stark abnimmt. Ebenso ist die behauptete Gewissheit über das unvermeidliche Scheitern einer hinreichend (politisch) ambitionierten Entkopplungsstrategie wissenschaftlich nicht haltbar.

These II: Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition nimmt die Schnittmengen der unterschiedlichen Zugänge auf und lotet handlungsorientiert die Möglichkeiten zur Einhaltung der planetaren Grenzen aus.

Ein zentrales Ergebnis der Studie besteht in der Erkenntnis, dass es zwischen den sich auf Ebene ihrer zentralen Annahmen widersprechenden Orientierungen Green Growth und Degrowth dennoch weitreichende Überschneidungen und potenzielle Komplementaritäten auf Ebene der jeweils befürworteten Maßnahmen und politischen Instrumente gibt. Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition versucht diese Ausgangslage in produktiver Art und Weise zu nutzen:

Sie ist einerseits ergebnisoffen und besitzt keine starken ex-ante-Prämissen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung sowie hinsichtlich des Gelingens oder Scheiterns der Entkopplung. Andererseits lotet sie aus, wie groß der konsensuale und potentiell komplementäre Bereich zwischen verschiedenen Positionen auf der instrumentellen Ebene ist. Zugleich wird aber auch die in der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung betonte Einsicht anerkannt, dass gesellschaftliche Wandelprozesse nicht allein auf der instrumentellen Ebene und durch Benennung von defensiven Zielen („planetare Grenzen“) angestoßen werden können.

These III: Die Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert einen kulturellen und institutionellen Wandel.

Die bisher dominante *culture of growth* ist tief in den formalen und informellen Institutionen verankert, die unsere Gesellschaften „steuern“. Hierzu gehören bspw. vorherrschende Vorstellung was „erfolgreiches Wirtschaften“ ausmacht und entsprechende Regulierungen. Wollen sie zur Einhaltung planetarer Grenzen beitragen, müssen Politikansätze daher – jenseits materieller Ziele und unmittelbar darauf ausgerichteter Instrumente – auch den kulturellen Wandel hin zu einer *culture of sustainability* in den Blick nehmen. Aufgrund der heutigen Verfasstheit der früh industrialisierten, wohlhabenden Länder spielen die Wirtschaftsleistung und die damit generierten Einkommen eine wichtige Rolle für die Funktionsweise fundamentaler gesellschaftlicher Institutionen. Aus dem Vorsorgeprinzip lässt sich, angesichts der Unsicherheiten bezüglich der künftigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung, das Ziel ableiten, diese gesellschaftlichen Institutionen wo möglich so zu transformieren, dass sie ihre Funktionen unabhängig von der Wirtschaftsleistung erbringen können.

Würde es gelingen, gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängiger zu gestalten, könnte die Politik notwendige Politikmaßnahmen unabhängig von ihren vermeintlich negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum gestalten. Die Spielräume für eine ambitionierte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik würden sich ausweiten. Es würde zudem Vorsorge getroffen werden für den Fall, dass weiteres Wachstum bspw. in Folge weltwirtschaftlicher Verwerfungen oder der demografischen Entwicklung ausbleibt oder sich deutlich abschwächt.

These IV: Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition fordert daher:

- wirksamere ökonomische Rahmenbedingungen zu setzen,
- neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung auszuloten und
- Potenziale für eine stärkere Wachstumsunabhängigkeit zu prüfen.

Aus der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition lassen sich die folgenden drei Forderungen ableiten: Erstens erfordert die Einhaltung der planetaren Grenzen eine Anpassung der ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere durch den entschlosseneren Einsatz von (marktbasierten) Instrumenten zur Internalisierung umweltschädlicher externer Effekte (d. h. insbesondere Cap-und-Trade-Systeme wie der Emissionshandel oder Ökosteuern).

Zweitens sollten durch partizipative Suchprozesse, Experimentierräume und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung ausgelotet und erschlossen werden. Hierzu gehören transdisziplinäre Forschungs- und Beratungsprojekte an denen verschiedene relevante gesellschaftliche Akteure beteiligt sind oder Überlegungen wie sie im Kontext der Debatte um soziale Innovationen vorliegen.

Drittens sollten Potenziale für eine wachstumsunabhängigere Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen und Bereiche (wie Sozialversicherungssysteme oder Beschäftigung) identifiziert und nutzbar gemacht werden. Die Analysen des Projektteams zeigen jedoch, dass die bisher vorgeschlagenen Ansätze zur Verwirklichung von mehr Wachstumsunabhängigkeit

allenfalls eine marginale Wirksamkeit besitzen. Zudem werden grundlegende Reformansätze, wenn überhaupt, bisher nur in kleinen Teilbereichen der Gesellschaft angedacht und in einer Reihe kleinerer Experimente verfolgt.

Angesichts der Ungewissheit über die Erfolgsaussichten der bisher dominant verfolgten Strategie einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen erscheint es jedoch geboten, weiter an der Konzeption und Erprobung von weniger stark vom Wirtschaftswachstum abhängigen Modellen zu arbeiten und förderliche Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Wir sehen in diesem Themenfeld einen erheblichen Diskussions- und Handlungsbedarf.

Anknüpfungspunkte zum Peer Review der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Mit Blick auf den Peer Review (2018)¹ und der Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats zum Peer Review 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sollen an wenigen Stellen Bezüge zu der vorgeschlagenen Postwachstumsposition hergestellt werden.

Der Peer Review empfiehlt, dass Schwerpunkte weiterer Aktionen vor allem dort gesetzt werden sollten, wo die Indikatoren eine Zielverfehlung anzeigen. Dabei handelt es sich i.d.R. insbesondere um besonders persistente und herausfordernde Umweltprobleme, die mit Blick auf Klima und Landwirtschaft bereits seit langem im Fokus stehen und nicht oder nur begrenzt einer Lösung zugeführt worden sind, obgleich die Dringlichkeit seit langem bekannt ist.

Explizit werden u. a. erwähnt:

- Umstellung von Verbrauchs- und Konsummuster u. a. hin zu einer Kreislaufwirtschaftsorientierung.
- Die Einhaltung der gesetzten Klimaziele zum Jahre 2030.
- Grundlegende Veränderungen in der Milch- und Fleischindustrie – mithin auch auf der Nachfrageseite ein gesellschaftlicher Wandel der Ernährungsgewohnheiten.

Zudem werden Maßnahmenprogramme gefordert, um diese Zielverfehlungen zu überwinden.

Vor dem Hintergrund der entwickelten vorsorgeorientierten Postwachstumsdiskussion ist es zentral, dass ein kultureller Wandel eingeleitet wird: von einer Wachstumskultur hin zu einer Nachhaltigkeitskultur und damit ein Wandel gesellschaftlicher Leitbilder.

¹ Deutscher Rat für nachhaltige Entwicklung (2018) (HG.): Veränderung – Chance – Dringlichkeit: die Vorteile nachhaltigen Handelns. Peer Review 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Bericht der Peer-Review-Gruppe unter dem Vorsitz von Helen Clark. Berlin, Mai 2018.

Aus der Sicht der Handlungsorientierungen der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition ist es zunächst für alle angeführten Beispiele der Zielverfehlung essenziell, dass eine Internalisierung der externen Kosten erfolgt, um damit den ökologischen Ordnungsrahmen zu entwickeln und entsprechende Preissignale zu vermitteln.

Die genannten Bereiche sind durch erhebliche Pfadabhängigkeiten gekennzeichnet, die auch institutionell tief verankert sind. Die Entwicklung neuer nachhaltigerer Entwicklungspfade ist i.d.R. zeitaufwändig und stößt auf vielfältige Widerstände der potenziellen Verlierer der Entwicklung. Dies bedeutet aber auch, dass vielfach Preissignale nicht hinreichend sind um Veränderungsprozesse zu unterstützen, wenn keine alternativen Handlungsmöglichkeiten existieren.

Am Beispiel Mobilität kann bspw. aufgezeigt werden, dass die existierenden Infrastrukturen im Grundsatz vorrangig die individuelle Mobilität umfassend unterstützen. Ein Pfadwechsel der Entwicklung erfordert, dass Mobilitätsalternativen auch mit Blick auf die Infrastrukturen entwickelt werden müssen. Der Umbauprozess sollte dementsprechend parallel verlaufen. Die Infrastrukturentwicklung muss nachhaltigere Handlungspotenziale eröffnen.

Mithin müssen Experimentierräume (Reallabore) eröffnet werden, in denen neue Handlungsoptionen ermöglicht werden und nachhaltigere Lösungen erprobt werden. Dabei können sowohl soziale als auch technologische Innovationen eine wesentliche Rolle spielen. Gerade aus dem Postwachstumsdiskurs bzw. der Postwachstumspraxis heraus sind vielfältige Experimente alternativer Formen der Leistungserbringung entwickelt worden, die allerdings vielfach in Nischen verbleiben. Leitbilder entsprechender Ansätze sind bspw. „Gemeinwohl“, „Commons“, „Regionalisierung“, „right to repair“, „Verlängerung der Produktlebensdauer“, „Kreislaufwirtschaft“. Ein breiter Ansatz von Reallaboren kann es ermöglichen, systematisch Stärken und Schwächen der verfolgten Strategien aufzuzeigen und dementsprechend Handlungsorientierungen zu entwickeln. Ein up-scaling dieser Nischen könnte geeignet sein, Lösungsansätze für die Bereiche mit Zielverfehlungen bereitzustellen. Allerdings ist u. a. vor dem Hintergrund der Pfadabhängigkeiten sozio-technischer Systeme festzuhalten, dass ein up-scaling eine Entwicklung förderlicher Rahmenbedingungen bzw. einer institutionellen Einbettung bedarf. Ansätze wie die des Transitionsmanagements geben Hinweise auf die Entwicklung möglicher Handlungsstrategien, die einerseits an den Leitbildern, den bestehenden sozio-technischen Regimen und den Nischen ansetzen müssen. Dabei wird es auch darauf ankommen, geeignete und kontextualisierte policy-mixes zu entwickeln und einzusetzen, um den Pfadwechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung zu ermöglichen.

Ansätze dazu lassen sich bspw. im Kontext der sozial-ökologischen Forschung identifizieren, die entsprechende Transitionsprozesse (BMBF 2015)² einerseits analysiert und andererseits praxisrelevant unterstützt.

Mithin wird deutlich, dass Vorstellungen aus dem Postwachstums- und Transitionsdiskurs existieren, die geeignet sein können, die im Peer Review geforderten Maßnahmenprogramme anzuregen und zu unterstützen.

² https://www.bmbf.de/pub/Sozial_oekologische_Forschung.pdf

Mit Blick auf den im Peer Review hervorgehobenen Ansatz „Niemanden zurücklassen“ (LNOB) wird insbesondere auch der Prozesscharakter der Nachhaltigkeitsstrategie hervorgehoben: die Einhaltung der planetaren Grenzen und die dazu erforderlichen Maßnahmen, die zudem in einer kurzen Frist einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau erfordern wird auch Verlierer generieren. Handlungsstrategien und Maßnahmenprogramme müssen dies berücksichtigen. Die Herausforderungen sind im Kontext der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ deutlich geworden. Die Herausforderung LNOB oder auch der „just transition“ sind gegenwärtig noch kaum diskutiert.

Im Kontext der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind solche prozessorientierten Ansätze höchst relevant und sollten gestärkt werden.

Weitere Hinweise

Der vorliegende Beitrag basiert im Wesentlichen auf einem Beitrag in der Zeitschrift [„Ökologisches Wirtschaften“](#) Ausgabe 01/2019 (S. 15-16), der im März dieses Jahres erscheinen wird und für die Anhörung modifiziert wurde. Die Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Autor.

Bibliographische Angaben der diesem Beitrag zu Grunde liegende Studie:

Petschow, Ulrich; aus dem Moore, Nils; Pissarskoi, Eugen; Korfhage, Thorben; Lange, Steffen; Schoofs, Annekathrin; Hofmann, David mit Beiträgen von Hermann Ott (2018): *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition*. UBA TEXTE (89/2018). Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau. Download unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>

An der Studie waren beteiligt: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Die Studie ist entstanden im Rahmen des Projekts „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“, das vom Umweltbundesamt beauftragt wurde (Forschungskennzahl 3715311040).

Kontakt:

Ulrich Petschow

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Potsdamer Str. 105
D-10785 Berlin

Tel. +49–30–884594-23
Fax +49–30–8825439

ulrich.petschow@ioew.de

www.ioew.de

Zur Person

Ulrich Petschow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Er hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Mannheim studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Umweltpolitik und Governance, Innovation und neue Technologien sowie alternative Ökonomie-Konzepte. Als Projektleiter und langjähriger Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik verantwortet er eine Vielzahl nationaler und internationaler Forschungs- und Beratungsprojekte. Aktuell befasst er sich mit Ansätzen und Strategien neuer Produktionskonzepte, dem gerichteten Wandel soziotechnischer Systeme und den Möglichkeiten neuer Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik.

Ausgewählte aktuelle Publikationen

Petschow, U.; aus dem Moore, N.; Pissarskoi E.; Korfhage; T., Lange; S., Schoofs; A., Hofmann, D. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. UBA Texte 89/2018 ([Download](#)).

Petschow, U. (2017): Alternative Ökonomien. In: Pfried, R.; Schneidewind, U., Barth, J., Graupe, S. und Korbun, T. (Hrsg.): Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Metropolis.

Von Gleich, A.; Petschow, U. (2017): Aktuelle Diskussion um die Einführung eines Innovationsprinzips und das Verhältnis zum Vorsorgeprinzip. Kurzstudie ([Download](#)).



Hochschule für
Philosophie
München

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung
Ausschussdrucksache
19(26)23-2

Postwachstumsstrategien und sozial-ökologische Modernisierung

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher
Vorsitzender der Sachverständigengruppe
Weltwirtschaft und Sozialethik der DBK

21

STUDIEN DER SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE
„WELTWIRTSCHAFT UND SOZIALETHIK“

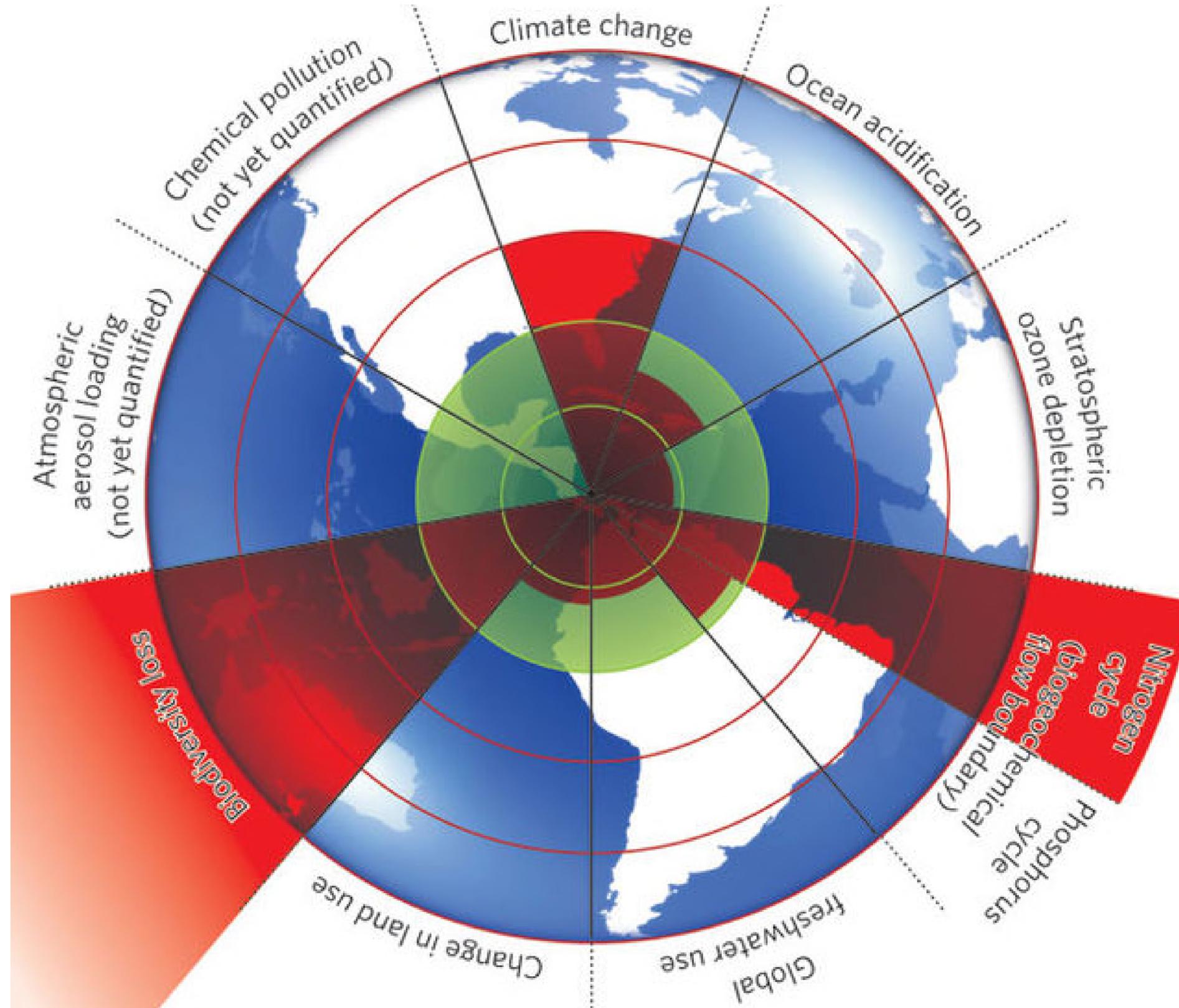
Raus aus der
Wachstumsgesellschaft?
Eine sozialetische Analyse und Bewertung
von Postwachstumsstrategien

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben
der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)

Globale Agenda 2030 – 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)



Ressourcenintensive Produktions- und Konsummuster nicht verallgemeinerbar

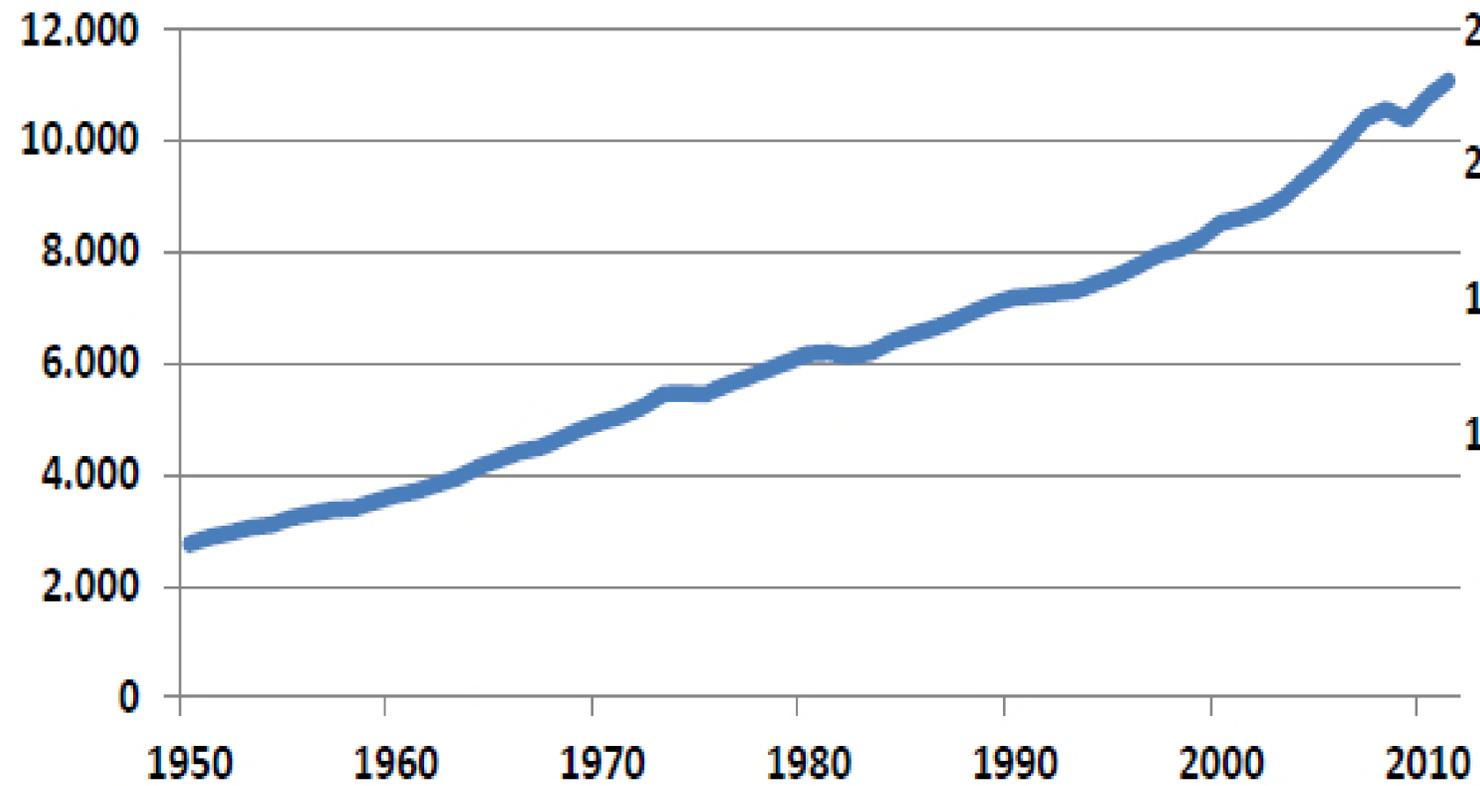


Das Konzept der planetarischen Belastungsgrenzen

Quelle: Rockström et al. 2009

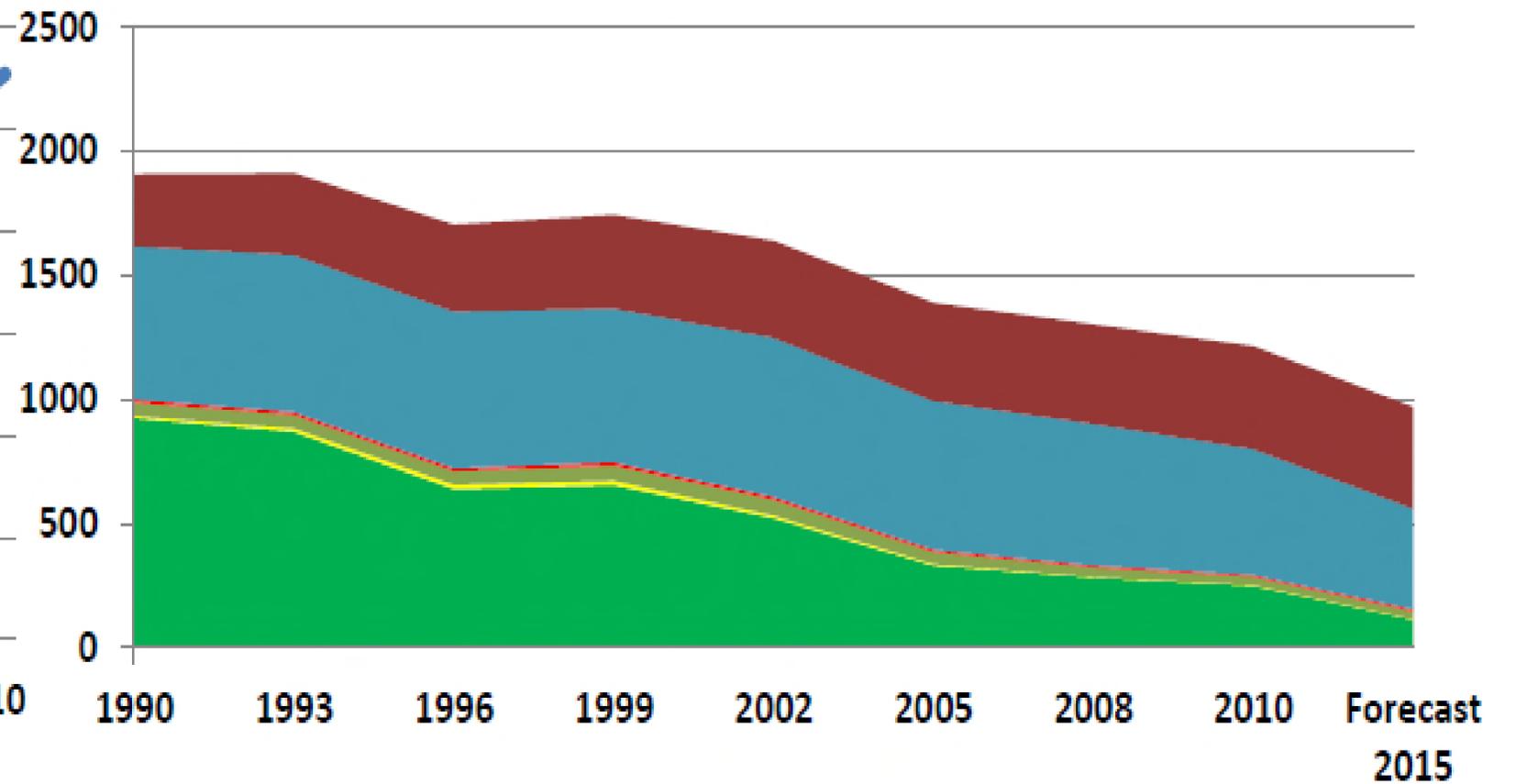
Wachstum für nachhaltige Entwicklung in ärmeren Ländern

Gross World Product Per Capita



— Gross World Product Per Capita

People living in extreme poverty



■ East Asia and Pacific

■ Europe and Central Asia

■ Latin America and the Caribbean

■ Middle East and North Africa

■ South Asia

■ Sub-Saharan Africa

Varianten der Wachstumskritik

- Degrowth (z.B. Niko Paech, Serge Latouche)
- Internationale Externalisierung (z.B. Stephan Lessenich)
- Postwachstumsgesellschaft (z.B. Irmis Seidl & Angelika Zabrant, Tim Jackson)

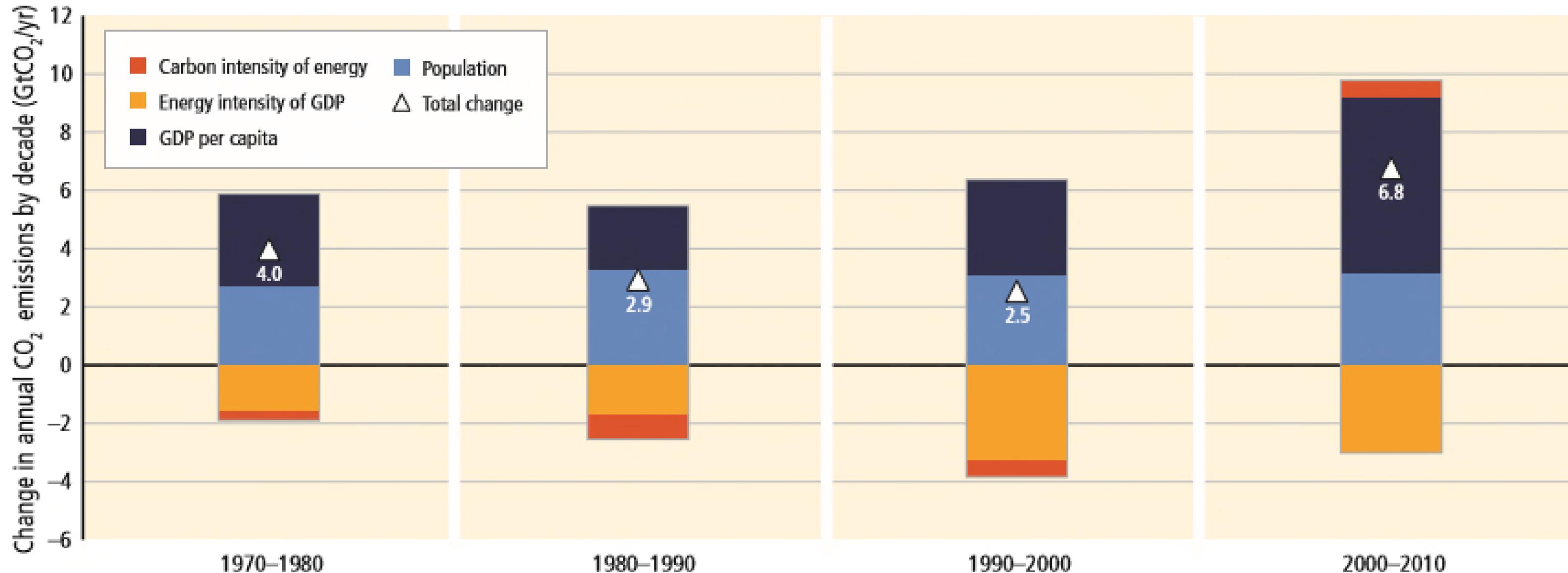
Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch als Illusion?

- Rebound-Effekt auf Produzenten- und Konsumentenseite
- Keine historischen Vorbilder für absolute, globale Entkoppelung



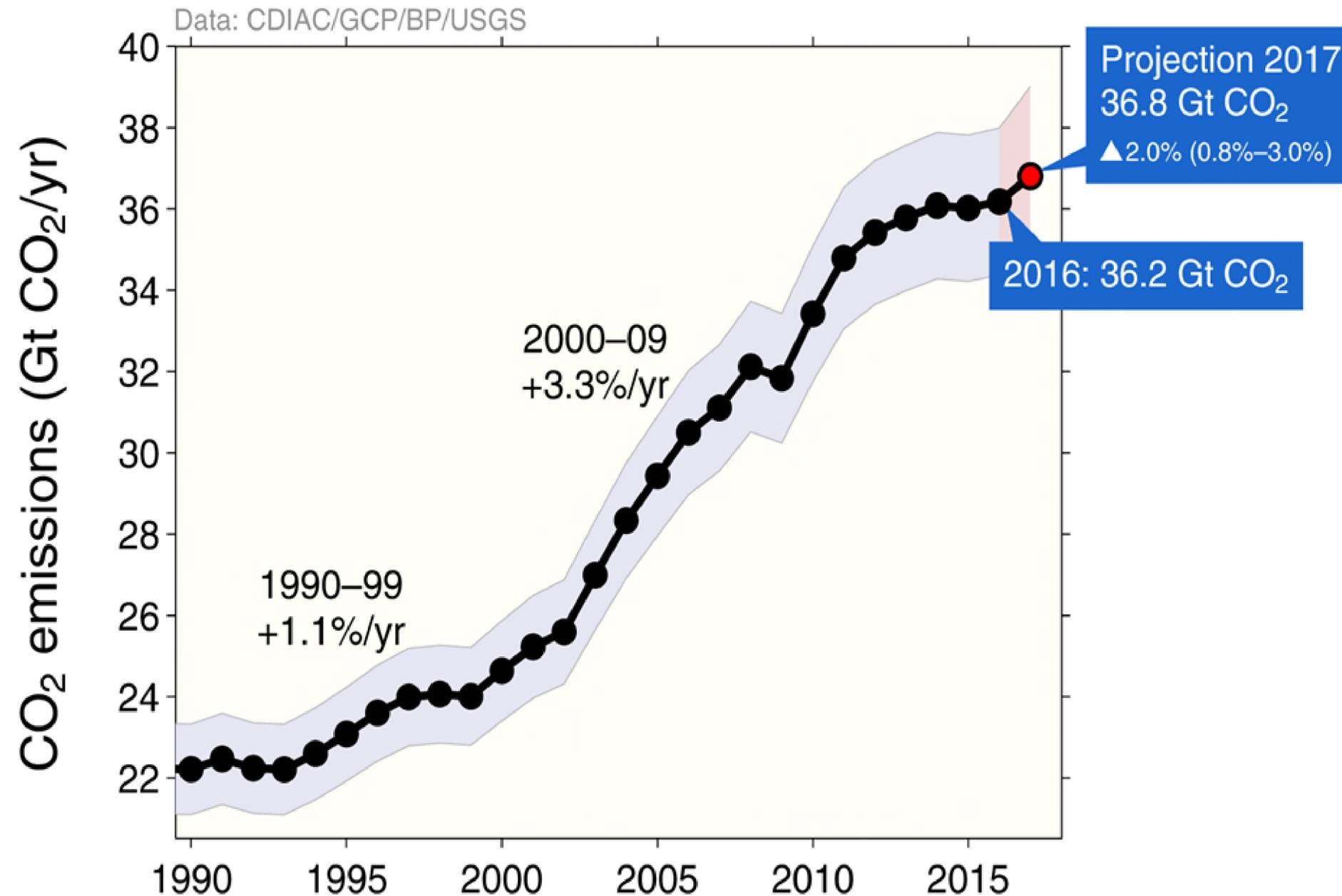
Entkopplung als Illusion?

Die Hauptursachen für Veränderung weltweiter CO₂-Emissionen 1970 bis 2010



Decarbonisierung von Energieversorgung und Wirtschaft

Aber: Die CO₂-Emissionen steigen immer noch!



Entkoppelung als Illusion?

Absolute globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Emissionsausstoß) und BIP-Wachstum bisher nicht möglich

- Wachstum mit Verlagerung sozialer und ökologischer Folgekosten („Externalisierung“):

Ursache für Rebound-Effekt sowie Billigproduktion durch Umweltzerstörung und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

- CO₂-Emissions-Intensität auch bei schrumpfender bzw. stagnierender Wirtschaft erheblich zu senken, um 2°-Klimaziel zu erreichen:

Verbesserung der Emissionseffizienz von 5,6 % p.a. bei stagnierender Wirtschaft wahrscheinlicher als 7 % p.a. bei wachsender Wirtschaft ? (Jakob/Edenhofer 2014)





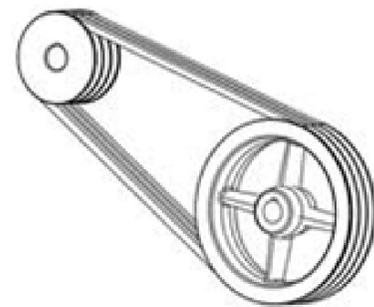
Sozial-ökologische Transformationen auf drei Ebenen

Notwendigkeit der Reform politischer, ökonomischer und rechtlicher Institutionen auf nationaler und globaler Ebene

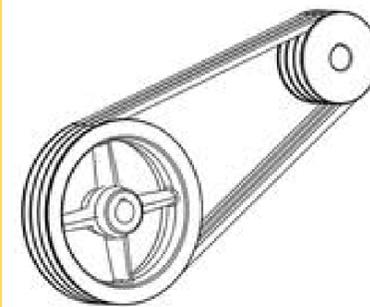


Institutionelle Reformen

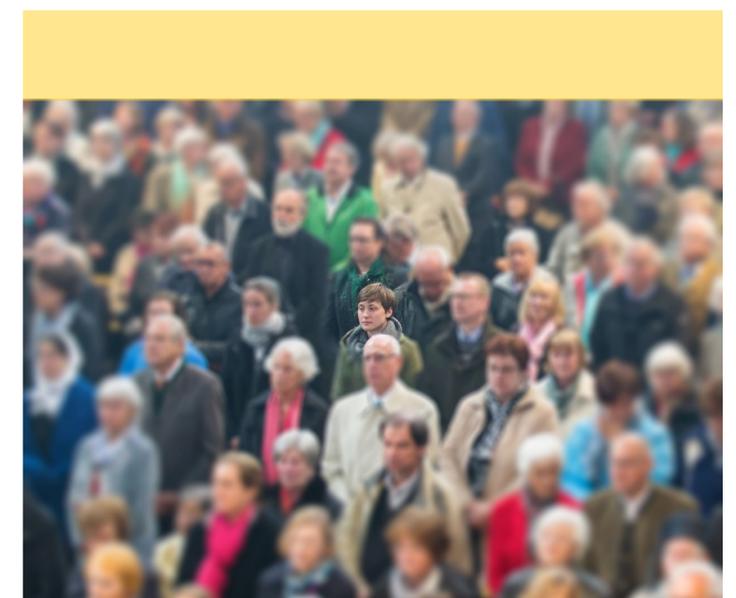
Makroebene



Leitbilder



Mesoebene



Individual-Ethik

Mikroebene